

Don 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenbreite; 20 Pfg. in denen abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mfr. für lokale Kleinanzeigen; 2 Mfr. für auswärtige Kleinanzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entwerfender Rabatt.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glöcklerstr. 66, Fernspr.: Amt Ausland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Angelegenheiten vorgerichtlicher
Taten von Minderjährigen keine Gewähr übernommen.

Nr. 293. • 62. Jahrgang.

Warum gehen sie denn, sobald es ihre Mittel irgendwie erlauben, zurück nach der alten Welt, nach den Kleinstädten, nach den Dörfern, in denen sie geboren worden sind? — Nicht

Politische Übersicht.

Liberaler Minister?

Die „Ndn. Volksztg.“ hat drei nationalliberale preussische Landräte und eine noch größere Zahl liberaler Minister entdeckt. Deshalb glaubt sie bewiesen zu haben, daß in unserer höheren Verwaltung das liberale Element reichlich vertreten ist. Die drei Landräte sollen gelten; aber der Zahl nach bedeuten sie nicht viel, oder gerade so viel, daß die Regierung die Behauptung, sie wolle nur konservative Landräte haben, „ziffernmäßig“ widerlegen kann. Wie aber steht's mit den liberalen Ministern? Die „Ndn. Volksztg.“ nennt von Toten Falk und Miquel, von Lebenden Tirpitz, Delbrück und Sengke. Falk ist allerdings während seiner Zugehörigkeit zum Reichstag zuletzt kurze Zeit Mitglied der nationalliberalen Fraktion gewesen, während er vorher der Reichspartei angehört hatte. Als er sich den Nationalliberalen anschloß, hatte er längst aufgehört, Minister zu sein. Er muß also aus der Liste auscheiden. Das Miquel als Minister die Fühlung mit der nationalliberalen Partei verloren hatte und Vertrauensmann der Agrarier war, ist jedem bekannt, der die Laufbahn des Befähigten, aber wandelbaren Mannes einigermaßen verfolgt hat. Für den bekannten Sengke, der ein Liberaler, der Minister wird, deshalb immer noch kein liberaler Minister ist, liefert gerade Johannes Miquel ein schlagendes Beispiel. Von den drei lebenden Ministern, welche die „Ndn. Volksztg.“ als Liberale anführt, werden sich mindestens zwei als dieser Charakterisierung einigermaßen wundern, und mit dem Dritten hebt trotz seines Namens kein liberaler Venz in Preußen an. Gänzlich unmissverständlich und harmlos verhält sich die „Ndn. Volkszeitung“ schließlich dem Sinnworte gegenüber, daß es stille Zentrumsmitglieder in den hohen preussischen und Reichsämtern schon eher gebe. Nun, wir nennen Herrn Dr. Boedicker, dessen Zentrumsstandpunkt erst bekannt wurde, als er das Präsidium des Reichsversicherungsamts niedergelegt hatte und nun für den Reichstag kandidierte. Bis dahin hatte er ihn flug verschwiegen. Sollte die „Ndn. Volksztg.“ wirklich glauben, solche flugen Zentrumsleute gebe es heute keine mehr?

Zweierlei Maß.

Eine konservative Korrespondenz macht darauf aufmerksam, daß nach der Statistik über den deutschen Außenhandel im Mai nach Ungarn 202 972 Doppelzentner Weizen aus Deutschland ausgeführt worden sind, während sich im ganzen Jahre 1913 die Gesamtexporteure in Weizen nach Österreich und Ungarn nur auf 20 000 Doppelzentner belief. Die Ausfuhr eines Monats also übertraf den zehnjährigen Umfang der Ausfuhr eines ganzen Jahres. Gegenüber dem im Nachbarreiche daraufhin erhobenen Klagen und Forderungen, die u. a. als Abwehrmaßregel die Einführung des deutschen Einfuhrzollsystems befürworten, wird nun in der erwähnten Korrespondenz geltend gemacht: „Wenn Österreich-Ungarn zur Ernährung seiner Bevölkerung durch ungenügende eigene Produktion darauf angewiesen ist, fremdes Getreide in großen Mengen aus dem Ausland zu beziehen, dann liegt keine Veranlassung zu Abwehrmaßnahmen gegen die Einfuhr vor.“ Diesen Satz unterschreiben wir durchaus, aber wunderbar genug nimmt er sich in konservativ-agrarischer Mundart aus. Denn wenn er richtig ist (und er ist richtig), warum soll er dann wohl für Österreich-Ungarn gegen uns, nicht aber für uns gegen die Getreideausfuhrsländer gelten? Der erwähnte Einwand kommt auf das bekannte Wort hinaus: „Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes.“ Die „Deutsche Tageszeitung“, die den verräterischen Satz übrigens flug gewittert hat, schießt denn auch, um dem Eingeständnis die Spitze umzubiegen, eine kleine Änderung hinzu: sie schießt das Wort „vorübergehend“ ein, und so heißt denn in dem Völkerblatt der Satz also: „Wenn Österreich-Ungarn vorübergehend zur Ernährung um.“ Die „Kreuzzeitung“ war weniger achtlos, sie bringt nichts von der Abkürzung, die der „Deutschen Tageszeitung“ geboten schien.

Verunsichtigere Sozialdemokraten.

Von beachtenswerter Seite wird uns geschrieben: Es ist eigentlich verständlich, wie die „freien“ Gewerkschaften und andere auf dem Boden des Klassen-

kampfs stehende Arbeiterorganisationen sich frampfhof gegen die Behauptung wehren, daß sie politisch seien, und fortsetzen, sich mit der Sozialdemokratie zu identifizieren. Man konnte fast glauben, daß es sich um einen ungeheuren Bluffvertrug gegen die Behörden und die gesamte Öffentlichkeit handle, aber dazu ist der Versuch doch gar zu naiv. Die Arbeiterturn- und Arbeitergesangsvereine beschließen, jedes Zusammenwirken mit bürgerlichen Vereinen sei wider ihre Grundsätze, aber — sozialdemokratisch wollen sie nicht sein; überhaupt nicht politisch. Die stärkste Bedeutung hat die Frage für die Gewerkschaften. Auf dem Gewerkschaftskongress in München hat der Reichstagsabgeordnete Legien zunächst einwandfrei ausgeführt, daß die Beschäftigung mit Politik, soweit diese die Lage und Verhältnisse der Arbeiter berührt, den Gewerkschaften nicht bloß gestattet sein müsse, sondern auch rechtlich gestattet sei. Das trifft zu und gilt auch nicht einmal allein für die Sozialpolitik; denn andere Zweige der Gesetzgebung, z. B. die Steuerergänze, können ebenfalls die wirtschaftliche Lage der Arbeiter erheblich beeinflussen. Wenn Herr Legien dann fortfuhr: Die Gewerkschaften würden sich gern auch mit anderen Parteien als der sozialdemokratischen verbünden, nur fanden sie bei ihnen keine Gegenliebe, die Sozialdemokratie sei eben die einzige arbeiterfreundliche Partei, so ist dies gewiß sachlich nicht richtig und führt auch rechtlich schon auf den Abweg. Geradezu froh aber ist, daß die Zeitung der angeblich unpolitischen Gewerkschaften sich die Durchführung des sozialdemokratischen Parteitagbeschlusses, wonach Angehörte, die am 1. Mai arbeiten, den Tagesverdienst abzuführen haben, angelegen sein läßt. Es ist zwar die Einschränkung gemacht worden: Dies gelte für diejenigen Gewerkschaftsangehörigen, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien. Aber das ist natürlich ein bewußtes oder unbewußtes Sophisma. Wenn die freien Gewerkschaften selbst nicht sozialdemokratisch wären und wenn ihre Zeitung die Parteitagbeschlüsse nicht als bindend anführe, so ging sie deren Durchführung nichts an. Es ist also kein Zweifel, die freien Gewerkschaften sind sozialdemokratisch. Trotzdem würden wir es für übereilt und zuzeit für nachteilig halten, wenn die Behörden ihnen Schwierigkeiten machten, die nicht durch das Gesetz unbedingt erfordert werden. Obwohl die Gewerkschaften ein Teil der Sozialdemokratie sind, so besteht doch zwischen ihnen und der rein politischen Partei ein erheblicher Gegensatz der Taktik und Methode, und zwischen den beiden Leitungen waltet mehr Mißtrauen als Einigkeit, mehr Eifersucht als Solidarität ob. Die Gewerkschaften sind vom Standpunkte des Allgemeininteresses und der Ordnung zum mindesten das kleinere Übel. Daß sie im gegebenen Fall auch die extreme Klassenkampfform einfach verleugnen und sich mit bürgerlichen Sozialreformern verbünden wollen, hat ja oben dieser Münchener Kongress gezeigt, als ein Redner nach dem anderen den Angriff eines Radikalen wegen des Zusammengehens mit der Gesellschaft für soziale Reformen zurückwies. Das war ebenso richtig als nach dem vorangegangenen Bekenntnis zur sozialdemokratischen Klassenpolitik inkonsequent. Aber die Inkonsequenz ist erträglich, sie ist ein Zeichen, daß die Annäherungen mit bürgerlichen Organisationen zahlreicher werden, und diese Tatsache verdient auch seitens der Behörden alle Beachtung.

Der „Stern von Brabant“.

Der Großherzog von Hessen hat einen neuen Orden gestiftet. Den „Stern von Brabant“, der dem Verdienstorden Philipps des Großmütigen, dem alten und bekannten hessischen Orden, gleichsteht. Die Stiftung fällt merkwürdigerweise in die Tage, in denen der hessische Landtag über die Regierungsvorlage verhandelte, die sich auf die Zulassung der religiösen Orden bezieht und in protestantischen Kreisen den schärfsten Widerspruch erfahren hat. Wie diese Vorlage stellt auch die Stiftung des „Sterns von Brabant“ ein Zugeständnis an das Zentrum dar. Der Verdienstorden Philipps des Großmütigen konnte nämlich an Zentrumsleuten nicht mehr gut verliehen werden, weil er von ihnen grundsätzlich abgelehnt wurde. So erreichte es vor Jahren großes Aufsehen, daß der Mainzer Domkapitular Dr. Holzheimer, Regens des hessischen Seminars, diesen Orden zurückwies, indem er betonte: Früher sei der Orden an katholische Geistliche

grundsätzlich nicht verliehen worden, leider aber habe man diese Rücksichtnahme aufgegeben. Die katholische Geistlichkeit hat daran Anstoß genommen, daß der Stifter des Ordens, Philipp der Großmütige, der Freund Luthers und eine Hauptstütze der Reformation war und daß er außerdem mit Zustimmung Luthers zwei Frauen zugleich geheiratet hatte. Gegen den „Stern von Brabant“ können die Zentrumsmitglieder ähnliche Bedenken nicht hegen. Man kommt also dem Zentrum in dessen in doppelter Weise entgegen: bei den religiösen Orden und bei weltlichen.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Das badische Großherzogspaar traf von Königsberg in Taunus in Karlsruhe ein und begibt sich heute nach Schloß Godesheim.

— Die bevorstehende badische Generalsynode hat eine besondere Bedeutung dadurch, daß auf ihr über die Annahme oder die Ablehnung der neuen, in freierem Geiste gehaltenen Agende entschieden werden soll. Die Wahlen der Abgeordneten zur Generalsynode haben unter diesem Gesichtspunkt stattgefunden. Bis jetzt hat sich auf 23 Mitgliedern der rechten, 1 Mittelparteier und 21 Liberalen zusammen, hierzu treten noch der Prälat der Landeskirche, der positiv ist, sowie 7 vom Großherzog zu ernennende Mitglieder. Diese werden den Ausschlag für die Gestaltung der neuen Agende geben.

* Schulküste als öffentliche Kindererholungsplätze. In R. Gladbach wurde angeordnet, daß fortan die Schulküste sämtlicher Volksschulen außerhalb der Schulzeit als öffentliche Kindererholungsplätze benutzt werden dürfen. Dadurch erhält jeder Stadtteil einen oder mehrere Spielplätze, auf denen sich die Kinder — fern von den Gefahren der Straße — ungehindert tummeln können.

* Ein deutscher Unterwerf im Osten. Die Ostpreussische Landgesellschaft hat das im Kreise Sensburg gelegene Gut Schellongken in Größe von 180,9540 Hektar zu Popen der inneren Kolonisation erworben.

* Die deutsche Auswanderung im Jahre 1913. Nach den Vierteljahrberichten der „Statistik des Deutschen Reiches“ belief sich die deutsche Auswanderung im Jahre 1913 auf 25 848 Seelen gegen 18 545 im Vorjahr. Die Zahl der ausgewanderten Frauen beträgt 9176. Von den Auswanderern wanderten sich 25 384 nach Amerika, und zwar 19 124 nach den Vereinigten Staaten, 1906 nach Kanada, 1055 nach Argentinien, 140 nach Brasilien, 3729 nach sonstigen Ländern Amerikas. Nach Australien wanderten 859 aus, nach Afrika mit Einschluß der deutschen Kolonien nur 32. Die deutschen Besetzungen in der Südsee werden in der amtlichen Statistik als Auswanderungsziel überhaupt nicht aufgeführt. Die Zahl der deutschen Auswanderer allein im Jahre 1913 übertrifft die im gleichen Jahre in sämtlichen deutschen Kolonien ansässigen 24 880 weißen Kolonisten.

* Der Berliner Landesverrat. In der großen Berliner Landesverratssitzung sind bisher drei Verhaftungen erfolgt: Außer dem Feldwebel Böhl und dem Kaufmann Kurt Kaul, der sich nach seinem russischen Bekannten Dr. Blumenthal nannte, wurde noch eine Verhaftung an der russischen Grenze in Ostpreußen vorgenommen. Der Berliner Beamten ist es, wie nach der „B. Z. am Mittag“ verlautet, gelungen, Böhl in dem Moment zu verhaften, wo er mit geschlossenen Festungsplänen seine Dienststelle verließ und sich nach seiner Wohnung begab. Diese Pläne konnten ihm wieder abgenommen werden; nach den Geänderten der Verhafteten hatten sie aber die gesamten Pläne einer künftigen Grenzfortifikation verkauft. (Vergl. letzte Drahtberichter.)

* Der Bund deutscher Militärärzte. Der über 750 Vereine mit über 80 000 Mitgliedern umfaßt, ist am Donnerstag in Kottbus zu seinem vierzigjährigen Bundestage zusammengetreten, dessen Hauptaufgabe es ist, die Wünsche und Forderungen der Militärärzte nach einer schnelleren und besseren Versorgung zu erörtern. Die Anstellungsverhältnisse der Militärärzte beschäftigen seit geraumer Zeit die Parlamente, die Presse und öffentliche Versammlungen und sind besonders aktuell geworden durch die Vernehmung der Interoffiziere gelegentlich der letzten großen Heeresvorlagen. Zu diesem Anlaß hat der Bundestag die Militärärzte nach wie vor ernstlich bestraft, allen ihren Pflichten nachzukommen und in ihren jungen Jahren als Unteroffiziere mitzuwirken zur Stärkung der Wehrmacht und zum Wohle des Vaterlandes. Sie seien auch bemüht, im Beamtendienst pflichterene Diener des Landesherren und ihrer Behörden, des Reiches und Staates zu sein. Sie beantragen nichts weiter, als ihnen das Ansehen und die Stellung zu geben, die ihnen als ehemalige Unteroffiziere zu-

um zu prägen, sondern um wieder Tradition und ererbten Gewissen zu begegnen, deren kleinliche Engherzigkeit ihnen eine Rasse, eine von vornherein schon umhüllene gesellschaftliche Stellung einräumt. Und der Millionär der fünften Avenue fühlt sich in New York auch als Greis noch heimischer als er es nach der zweiten oder dritten Generation in den Staaten je sein wird. — Er wird ein glühender amerikanischer Patriot sein, wenn sein Adressbuchsvermerk in Gefahr gerät, aber trotz raffinierter Oberlippe und verächtlich herabgezogenen Mundwinkels laut er menschlich auf, wenn jemand aus der alten Welt nur so zu Besuch herüberkommt. Würde ich hier als geborene Existenz landen, mit der Absicht, hier zu bleiben — kein Mensch würde sich um mich kümmern. Es müßte mit Teufelsdröckchen und Hausnachrichten angefangen werden, und wenn ich selbst Markgraf oder des Papstes Vetter wäre. — „Willst du unangenehm werden, laß dich erst durch die Mühle ziehen!“

Sollt abends auf dem Heimweg noch rasch zu August Lüchow, in die große deutsche Bierhube, in der man das einzige gute Billener von ganz New York bekommt. Der Geschäftsführer Albert Müller, mit funkelnden Brillanten in der tadellos weißen Hemdbluse, begrüßt mich mit lordalem Händedruck. Diese Leute haben ein sabelhaftes Gedächtnis. Vor zehn Jahren hat er mich gesehen — hatte inzwischen in Wiesbaden ein Hotel gehabt — war hier wieder Jahren wieder herübergekommen, da er trotz amerikanischer Gerissenheit drüben draufgezahlt hatte, und obwohl ich inzwischen mächtig angewachsen war, erkannte er mich. Der Bekannte, Lüchow, wird gerufen, und schon hallen die Champagnerkorken. Lüchow, der brave Deutsche, den jeder Deutsche in den Staaten kennt und der Millionen hat, der für das Deutschland nicht nur mit werten, sondern auch mit seinen Dollars einsteht und das

Deutsche Theater in New York mit den besten Kräften aus seinen Mitteln hochhält, ist aber auch gealtert. Herrgott! Reicht dieses New Yorker Leben die Leute zusammen! — Nach ist eine Karawane beisammen. Zeitungsleute und Ingenieure und Ärzte und Agenten — kosmopolitisch — jeder, der hier bekannt ist, einen anständigen Mod anhat und nicht betrunken ist, gehört dazu. Wir gegenüber sitzt ein Ingenieur mit Spitzbart. „Vergehen Sie — aber ich war mit Ihnen im Boxerkrieg zusammen — war Einjährig-Freiwilliger der Artillerie — fuhr mit Transport von Pao-King-fu nach Süden!“ — „Richtig — ja. Sie kamen auf einer offenen Plattform zwischen Kommissar und ich stellte meinen Gaul hinauf.“ — „Und Sie luden mich in Ihr Coups ein.“ — „Stimmt! Erinnere mich — famose Zeiten damals — Prost!“

Das ist Amerika. Auf Schritt und Tritt Bekannte von damals und anderswo. Wir sprechen über die Veränderungen in New York. Lüchow erzählt sich, mich morgen nachmittag in seinem Auto überall hinführen, und ich akzeptiere halbrecht. Hier in New York steht man den Varen in die Sandtische und ist nur mehr Zeitungsmensch. Man gilt nur als solcher, d. h. als arbeitendes und verdienendes Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Konntest du was — bist du jemand. — Bist du jemand, aber nicht zugleich etwas — machst fort mit dir zum Teufelsdröckchen!

G genug für heute. — Morgen haben wir bereits eine Einladung zum Dinner im Astorhouse, und vorläufig ist an ernste Arbeit nicht zu denken. — Um 8 Uhr morgens — ich war um 4 Uhr erst ins Bett gekommen, beginnt das Telefon zu rattern. Vier englisch-amerikanische Blätter melden ihre Reporter an — Auslandsbüreau Holstenburg fordert Agenten. Zwei Zeitungsleute empfangen mich im Bade, und ich kenne die

Brüder. Obgleich ich den Herren eindringlich (zwischen Abscheu und Dürste) wiederhole, daß wir europäische Zeitungsleute stets nur das System, aber nicht die Person als solche anerkennen, erscheinen schon in den Abendblätter Interviews, in denen ich behauptet haben soll, daß Präsident Wilson so eine Art Halbblut und Vyras ein Hanswurst sei. Das ist die Schallenseite der amerikanischen Freiheit — die Presse kennt keine Verantwortlichkeit und untersteht keiner Kontrolle. Dementieren? ... Ich so! Sie meinen, berechteter Herr Kollege, daß man das tun sollte. ... ja — ja — hy und boy, oder nützen tut es gar nichts. Die Überschrift des Dementis würde höchstens lauten: „Baron Kriegstein von Wilson mit 10 000 Dollar und einem Haß Pilsener bestochen, behauptet, nie in Amerika gewesen zu sein. Alles Lüge! Zeugnet, um 8 Uhr 17 morgens, von unbeschreiblichen Organen kommend und schließlich besessen, unserem Reporter gegenüber über Präsidenten in schamlosen Ausdrücken gesprochen zu haben!“ — Und dann können vier Spalten höchst anfälliger Bemerkungen über meine ehrsche Persönlichkeit, und u. a. würde durch glaubwürdige Zeugen einwandfrei festgestellt werden, daß ich als ein einziger Freudenhaus kommend, von Jähzählern verprügelt worden wäre und mich, kimmerlich um Gnade winselnd, im Straßenkaffee gewaschen hätte. ... Vereinigte Staaten — Amerika — gelbe Presse! ... Da kann man nichts machen! Mark Twain hat diese Zustände in seinen Werken glänzend gezeichnet. Mittags bei Lüchow. ... U. I. W. p. „Und Aufstern wie gewöhnlich“, und französischen Champagner extra dry und Kaviar und Pasta auf romantische Art, und dann Auto. In vier Stunden 200 Kilometer, über Jonsheers, eine weit draußen liegende Vorstadt, und dann Athleten — wunderbare Wälder und Sportplätze — zwischen einigen Lagunen eingebaut — alles großartig. — „Galopp! Galopp! Nur nicht

komme. Aber sie mühten auch verlangen, daß man den Bund deutscher Militärämter als Ständevertretung der Militärämter ansehe und ihm das gleiche Vertrauen schenken müßte wie anderen Organisationen. In Konsequenz der eingetragenen Vermehrung der Unteroffiziersstellen wünscht der Bund daher eine Erweiterung des Kreises der Stellen, die jetzt den Militärämtern vorbehalten sind.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Frauen in der Kommunalverwaltung. Die erste Frau ist in eine städtische Vertretung Riel's gewählt worden. Mit Genehmigung der Regierung wurde die Zahl der Mitglieder der städtischen Schuldeputation von vier auf fünf erhöht, um die Körperschaft durch die Wahl einer Frau zu verstärken. Jetzt ist eine Volksschullehrerin, Fräulein Margarete Ditz, die gleichzeitig eine städtische Mädchen-Fortbildungsschule leitet, in die Schuldeputation gewählt worden. (Hier in Wiesbaden gehört schon seit mehreren Jahren eine Lehrerin der Schuldeputation an. Schriftl.)

Parlamentarisches.

Zur Kostenverteilung für die Schiffarmachung des Oberrheins. Karlsruhe, 26. Juni. In der heutigen Sitzung der ersten Kammer wurde bei der Beratung des Voranschlags der großherzoglichen Wasserbaudirektion nochmals die Frage der Rheinregulierung von Basel bis Konstanz besprochen und vom Kommerzienrat Engelhardt (Mannheim) darauf hingewiesen, daß man sich nach guten Informationen in der Schweiz darüber klar sei, daß die Schweiz zur Schiffarmachung des Oberrheins sowohl für die Strecke St. Gallen-Basel als auch für die Strecke Basel-Konstanz einen Teil der Kosten zu tragen habe und auch tragen wolle. Der Minister des Innern Freiherr von und zu Bodman wies darauf hin, daß von dem zu erwartenden Projekt über die Schiffarmachung der Strecke Basel-Konstanz angenommen werden müsse, daß ihre Ausarbeitung den anderen Staaten mehr Vorteile bringen werde als Baden selbst, weshalb es um so notwendiger sei, für eine gerechte Verteilung der Kosten Sorge zu tragen.

Das badische Finanzgesetz. Karlsruhe, 26. Juni. Die zweite Kammer hat in ihrer heutigen Nachmittags-Sitzung das Finanzgesetz gegen die Stimmen der 13 Sozialdemokraten angenommen.

Heer und Flotte.

Ordnungsverleihungen. (Zuständigkeitsbericht.) Dem Oberst von Saxe, Kommandeur des Füsilier-Regiments (Kurhess.) Nr. 80, ist der Rote Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife verliehen worden. Hauptmann Rau im Füsilier-Regiment v. Gersdorff und Ritter im ersten Nassauischen Feldartillerie-Regiment (Dramien) Nr. 27 wurde der Rote Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Ein Hauptmann im Militärflugzeug verunglückt. Wittich, 26. Juni. Heute nachmittag stürzte ein Militärflugzeug, das hier eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, kurz nach dem Wiederaufsteigen in einer Höhe von 10 Meter ab. Der Flugzeugführer konnte sich durch Abspringen retten, während der Passagier, Hauptmann Büchner vom 16. Infanterie-Regiment in Wittich, getötet wurde, wie es heißt, durch Explosion des Motors.

Vier neue Großlinienschiffe sollen nach dem Indienststellungsplan der Flotte im kommenden Herbst unter die Flagge treten: „König“, „Großer Kurfürst“, „Rarigraf“ und der Großlinienschiffkreuzer „Derfflinger“. Von ihnen sind „König“ und „Derfflinger“ soweit vorgeschritten, daß ihre Indienststellung gesezt erfolgt.

Schiffbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Hohenoller“ mit S. M. S. „Stein“ am 24. Juni in Kiel. Abgangsdampfer „Vetoria“ mit den abgelassenen Mannschaften des Kreuzergeschwaders und S. M. S. „Cormoran“ am 25. Juni in Colombo.

Post und Eisenbahn.

Steigerung der Bauausgaben der Eisenbahnverwaltung. Die preussische Eisenbahnverwaltung beabsichtigt nach einer Notiz der „Rhein-Westf. Ztg.“, die jährlichen Bauausgaben auf etwa 400 Millionen Mark zu steigern. Bisher wurden jährlich etwa 300 Millionen Mark verbaut.

Das Postblatt. Anfang Juli erscheint eine neue Nummer des Postblatts, das eine Beilage zum „Reichsanzeiger“ bildet, aber auch für sich bezogen werden kann. Im Postblatt, das im Reichspostamt zusammengestellt wird, sind die wichtigsten Versendungsbedingungen und Tarife für Postsendungen aller Art sowie für Telegramme enthalten. Das Postblatt kann auch neben anderen, umfangreicheren Hilfsmitteln für den Verkehr mit der Post und Telephonie (Postbücher, Post- und Telephonanweisungen für das Publikum usw.) mit Vorteil benutzt werden, weil es diese bis auf die neueste Zeit ergänzt. Der Bezugspreis beträgt für das ganze Jahr 40 Pf., für die einzelne Nummer 10 Pf. Bestellungen werden von den Postanstalten entgegengenommen.

zu lange aufhalten — wir haben Dollar — wir können dem Fremden was zeigen — er muß die Augen aufheben — wir haben es zu was gebracht. — Und er reißt die Augen auf!

Niemals — ich war vor 14 und vor 10 Jahren schon hier gewesen — habe ich gedacht, daß New York eine der schönsten Städte der Welt ist. Aber damals waren es 100 Kilometer und elende Verbindungen und ein ganzer Tag Zeit — und Verdienstverlust — ja, berechneter Verlust — so rechnet man in Amerika — time is money — Zeit ist Geld — und erst das Auto, dieser Allerweltsschlupfer, hat uns die Umgebung von New York zugänglich gemacht. . . . Straßen, mit Teer gestrichen, von einer Breite, wie sie Europa nicht kennt. Wir rasen über die 258. Straße heraus, besuchen alle neuen Kirchen und den Zentralbahnhof, der wohl keinen Konkurrenz auf Erden hat. — Fußgänger durch zeigende Anordnungen aus der Zeit der holländischen Regierung, als sich die Anfänger noch allmählich mit Hinterschüssen gegen die Indianer, welche den white plains kamen, verteidigen mußten, und müssen vierter Geschwindigkeit einhalten, um noch Punkt 8 Uhr abends im Hotel zu sein, wo uns der berühmte Dr. Oswald empfängt, um uns, verkauft und verschwiegelt, wie wir sind, zum Diner zu führen. . . . Aber nur rasch! — nur rasch! . . . Tupper, Cocktail und Champagner, und dann Galopp! Galopp! — Es müssen erst die Damen aus dem Theater abgeholt werden — dann eine Depesche in meinen Angelegenheiten, und dann los! . . . Nehi gilt es wieder die Nachtseite des New Yorker Lebens zu sehen — die Bowery, welche teilweise bereits umgebaut, in den hinteren Vierteln noch ein richtiges Verbrechertum ist. Vorbei am ehemaligen Atlantik-Garten — heute ein Kiosk — und dann in ein Lokal, dessen feuchter Fußboden mit Sägespänen bestreut ist — die letzte der Sherlock-Holmes-Kneipen, der „Alligator“, in

Deutsche Schutzgebiete.

DKG. Ein Urteil über Südwest. Dr. Macdonald, der langjährige Herausgeber des „Agricultural Journal of the Union of South Africa“, der vom Gouvernement in Windhuk zu einer Besichtigungsreise mit Bezug auf landwirtschaftliche Möglichkeiten in Südwest eingeladen war, ist von seiner Reise zurückgekehrt. Er gibt seiner Bewunderung der großen landwirtschaftlichen Fortschritte unserer Kolonie Ausdruck und meint, der südafrikanische Farmer könne in der Anwendung guter Brunnen- und Pumpenanlagen zur Bewässerung des Erntelandes noch manches von den deutschen Farmern lernen. Er ist auch voll des Lobes über das Entgegenkommen der deutschen Regierung und der Beamten, mit denen er zu tun hatte.

Ausland.

Belgien.

Die ewige Rente für Wellingtons Nachkommen. Brüssel, 26. Juni. Im Jahre 1815 bestimmte der Herzog Wilhelm der Niederlande nach der Niederlage Napoleons bei Belle-Alliance (Waterloo) als Zeichen der Ehrung für Wellington, daß diesem, der den Titel eines Fürsten von Waterloo erhielt, eine jährliche Rente von 200 000 Franken für ihn selbst als auch für seine Nachkommen in alle Ewigkeit ausgesetzt würde. Der belgische Staat hat bisher seit 1815 über 200 Millionen Franken an die Nachkommen Wellingtons ausgezahlt. Die öffentliche Meinung ist sehr ungehalten über dieses außergewöhnliche Vorrecht und man hat die Regierung bereits aufgefordert, Schritte bei den Nachkommen zu unternehmen, um diese zu veranlassen, sich dieses gegen eine einmalige größere Entschädigungssumme zu begeben.

Frankreich.

Eine hohe Auszeichnung des Obersten v. Winterfeldt. wb. Paris, 26. Juni. Auf den Vorschlag des Kriegsministers wurde dem feinerzeit mit dem Automobil verunglückten Obersten v. Winterfeldt das Kommandeurkreuz der Ehrenlegion verliehen. Oberst von Winterfeldt wird sich noch einige Zeit in Grisolles aufhalten.

Ein Verbot päpstlicher Fahnen. Paris, 26. Juni. Die Friedensrichter von Poitiers und Le Mans verurteilten den Domherrn Sumprecht, die Marquise de Ferrieres und andere Personen, welche anlässlich der Jeanne d'Arc-Feier päpstliche Fahnen ausgehängt hatten, zu Geldstrafen von 5 bis zu 1 Franken, weil diese Fahnen nicht mehr als Abzeichen eines fremden Staates angesehen werden könnten.

Keine Eintrittskarten zum Prozeß Caillaux. Paris, 26. Juni. Entsprechend einem Erlaß des Justizministers hat der Gerichtspräsident Abbel, der in dem Prozeß gegen Frau Caillaux den Vorsitz führen wird, im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt Verbaux beschlossen, daß zu diesem Prozeß keinerlei Eintrittskarten gewährt werden und lediglich außer den Zeugen und Sachverständigen die Mitglieder des Barreau und der Presse zugelassen werden sollen. Insbesondere soll Frauen ausnahmslos der Eintritt unterjagt werden. Die Dauer des Prozesses, in welchem 50 Belastungszeugen und 20 Entlastungszeugen vernommen werden dürften, wird auf sechs Tage veranschlagt.

England.

Lord Rithener Vizkönig von Indien? London, 26. Juni. In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß die demnächstige Ernennung Lord Ritheners zum Vizkönig von Indien bei dem letzten Aufenthalt desselben in London geregelt worden sei. Lord Garding, der nach den ursprünglichen Dispositionen bis zum Jahre 1915 in Indien verbleiben sollte, wird in Anbetracht seines Gesundheitszustandes bereits früher nach Europa zurückkehren und zum englischen Botschafter in Paris ernannt werden. Der augenblickliche Vertreter Englands in Paris, Lord Francis Bertie, werde infolge seines hohen Alters endgültig zurücktreten.

Ein Unfall auf einem Großkampfschiff. London, 26. Juni. Aus Remouay in Cornwallis wird gemeldet, dort sei die Nachricht eingetroffen, daß sich auf dem über-Dreadnought „Monarch“ ein schwerer Unfall ereignet habe, wobei drei Schiffsjungen getötet wurden.

dem die ehemaligen deutschen Offiziere und Professoren und Studenten und Bankdirektoren in einem Zustand moralischer und physischer Verkommenheit sitzen, wie ihn die weite, barmherzige Welt sonst nicht kennt.

Streit — überall Streit. — Drohungen von Tisch zu Tisch. Laut erzählt jeder, welcher famose Kerl er seinerzeit gewesen sein will. — der andere brüllt ihn nieder. Je ein Glas Bier zu 5 Cents berechtigt zu je einer Stunde Aufenthalt. Manche schlafen stehend in herabgerissenen Kleidern und schimmlichen Schuhen. — daneben steht ein Mann im Gehrock, mit scharfgeschnittenen Zügen, und den maßvollen Bewegungen, die auf zwanzig Schritt den Aristokraten verraten. — Es ist die Hölle.

Einige Schritte weiter ein Missionsgebäude mitten im Verbrechertum. — Große Tafeln: „Kommt, wie Ihr seid!“ — Glende, die noch einen Rest von Hoffnungen aufbringen können, drängen hinein, um das Wort Gottes zu hören. Während der ganzen Nacht wechseln sich die Prediger ab. Morgen früh beginnt wieder die tolle Jagd nach dem Cent. Die Mission bietet einige Stunden Asyl. Es ist eine Welt überausender und überwältigender Kontraste. Zwei Straßen südlich liegt der Broadway. Dort laufen prächtige Autos umher und laden vornehme Restauranten. Dienen zu Hunderten streichen überall umher — hier in der Bowery fette, kleine, verschlammte Orientallinnen — drüben am Broadway hüftlose, dürre Amerikanerinnen in verrückten Pariser Toiletten.

Nur die Männerwelt ist wirklich demokratisch und uniform durch und durch. Ob Arbeiter, ob Millionär, man kennt sie nicht auseinander. Alles im Straßenanzug ohne Beste, mit buntem Hemd und Strohhut. In der Liebrigen, erstidenden Hitze verträgt man keine steife Wäsche.

Schweden.

S. M. S. „Gansa“ vor Walmö. Walmö, 26. Juni. Eine Anzahl von Offizieren, Unteroffizieren, Kadetten und Matrosen des deutschen Schulschiffes „Gansa“ waren gestern von dem Gufarenregiment Kronprinz zu einem Frühstück ins Kasino geladen. In dem Frühstück nahm der deutsche Gesandte in Stockholm v. Reichenau teil. Heute sind hundert Gufaren des Regiments zu einem Besuch auf der „Gansa“ geladen.

Russland.

Zollfreie Einfuhr von Kohlen für die Bahnen. Petersburg, 25. Juni. Die Reichsduma hat debattiert die Vorlage angenommen, die dem Ministerrat anheimstellt, vom 17. Juli bis zum Ende des Jahres die zollfreie Einfuhr von Kohlen aus dem Ausland für die Staats- und Privatbahnen zu gestatten. Die Presse zum englischen Flottenbesuch. Paris, 25. Juni. Die russischen Blätter begrüßen, wie der Berichterstatter des „Temps“ aus Petersburg seinem Blatte telegraphiert, den Besuch des englischen Geschwaders als ein günstiges Ereignis, das einen großen Einfluß auf die versuchte Annäherung haben wird. Man hält den Besuch nicht für eine Bedrohung des Friedens, sondern für eine Sicherung des Friedens. Man ist sich klar darüber, daß von einem formellen Bündnis nicht die Rede sein kann.

Balkanstaaten.

Die Dardanellenfrage. Bukarest, 26. Juni. Zu den Blättermeldungen, wonach der russische Botschafter und der rumänische Gesandte in Konstantinopel dem Großvezir erklärt haben, die Schließung der Dardanellen in einem eventuellen griechisch-türkischen Kriege würde große Verluste für den Handel Russlands und Rumaniens zur Folge haben, worauf der Großvezir erwidert habe, die Dardanellen würden für die Handelschiffahrt offenbleiben, bemerkt die offiziöse „Independance Roumaine“, daß die Antwort des Großvezirs noch nicht bekannt sei. Das Blatt fügt hinzu: Das Abkommen, betreffend die Dardanellen, bezieht sich nur auf Kriegsschiffe und nicht auf Handelschiffe. Der russische und der rumänische Handel wären indes im Falle eines Krieges wegen der ausgelegten Minen lahmgelegt. Der Handel keines Staates habe mehr unter der Schließung der Dardanellen im Jahre 1912 gelitten als derjenige Russlands und Rumaniens. Die Dardanellen seien das Ausgangstor für Rumänien wie für Russland; daraus erkläre sich der russische und rumänische Schritt.

Zum Prioritätsrecht der serbischen Zivil- und Militärbehörden. Belgrad, 25. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht einen von König Peter unterzeichneten Ukas, wonach die Verordnung über die Priorität der Zivilbehörden vor den Militärbehörden, durch welche die letzte Ministerkrise hervorgerufen wurde, dahin abgeändert wird, daß dadurch das Rangverhältnis zwischen Militär- und Zivilbehörden und die Vertretung der obersten Staatsgewalt seitens der Zivilorgane nicht berührt wird. Nach der früheren Verordnung wurden Offiziere bei festlichen Anlässen ohne Rücksicht auf ihren Rang den Vertretern der Zivilbehörden untergeordnet. Die neue Verordnung bleibt bis zur gesetzlichen Regelung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen Zivil- und Militärbehörde in Kraft.

Türkei.

Der „Tanin“ zum Bevölkerungsaustausch mit Griechenland. Konstantinopel, 26. Juni. Der „Tanin“ drückt die Hoffnung aus, daß durch eine gerechte Prüfung der Frage des Bevölkerungsaustausches zwischen Griechenland und der Türkei, wofür die Türkei jedes Opfer zu bringen bereit sei, die wichtigste Ursache der Mißbilligkeit zwischen Griechenland und der Türkei verschwinden werde.

Vereinigte Staaten.

Die Auseinandersetzungen mit Japan, betr. Kaliforniens Landgesetzgebung. Washington, 26. Juni. Der Schriftwechsel zwischen Japan und den Vereinigten Staaten über die Schwierigkeiten, welche durch Japans wiederholten nachdrücklichen Widerspruch gegen die kalifornische Landgesetzgebung entstanden, wird nunmehr veröffentlicht. Danach lehnt Japan es ab, den

Der Abbruch des Abends, d. h. es dämmert bereits höchst merkwürdig im Osten, ist das Chap-Suey, das chinesische Restaurant. In jeder Straße haben die Söhne des Himmels, weißt im Vereine mit Japanern, ihre Gasthöfe errichtet und sie erfreuen sich großen Zulaufs. Der weiße Mann hat endlich sein Vorurteil und seinen Ekel vor der chinesischen Küche überkommen und erkennt willig die kulinarische Überlegenheit der mehrtausendjährigen asiatischen Kultur über unsere prosaische und erhabende Fleischkost an.

In der nächsten Straßencke ist eine solenne Kellerei im Gange. Betrunkene irische Matrosen schlagen sich die schnapsgedunsenen Gesichter in Felsen. Kein Polizist weit und breit, aber überall Fädeln und Laternen, in deren Schein die ganze Nacht gearbeitet wird. Wie hat jemand ein fertiges, ein reines New York gesehen. Überall wird gebuddelt, abgerissen, neu aufgebaut. Die zehnhundertjährigen Wollenträger sind längst zu Klein geworden — die Bodenpreise wachsen ins Ungeheuerliche, aber die Luft oben kostet nichts — also noch fünf oder zehn Stockwerke aufgeschütt! . . . über unseren Köpfen donnert die Hochbahn — in dem Niveau der Straßen klingen die Elektrischen, und unter unseren Füßen poltern auf vier Rädern die Express — und die Lokalzüge der Untergrundbahnen, und die ganze Stadt ist erfüllt und beläut vom Brausen der Millionenarbeit.

Und dieses Brausen verschlingt und überläßt das ferne Grollen der aus dem südlichen Mexiko und dem westlichen Japan aufsteigenden Gewitterwolken — die Galt des Alltags und die Jagd nach dem Erwerb haben das kosmopolitische New York in einen Arbeitstaumel geknallt, dessen Erwachen zur rauhen Wirklichkeit des unterirdischen Krieges in einigen Stunden Milliarden an Worten und Millionen von Existenzen vernichten wird.

von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Vertrag abzuschließen. In einer vor 14 Tagen überreichten Note hat Japan erklärt, daß der Vertrag neue Schwierigkeiten schaffen würde, wiederholte seinen Anspruch auf eine angemessene unparteiische Behandlung seiner Untertanen und weigerte sich, die Frage als gelöst zu betrachten, solange man den augenblicklichen Zustand andauern lasse. Staatssekretär Bryan antwortete vor zwei Tagen, doch wird der Notentext noch nicht veröffentlicht. Es verlautet, daß er den Standpunkt der Vereinigten Staaten von neuem feststellt, aber einen Weg für Verhandlungen offen läßt.

Mexiko.

Zur Räumung von Zacatecas. New York, 26. Juni. Eine Meldung aus Zacatecas meldet, daß der Befehlshaber der Bundesstruppen, ehe er die Stadt räumte, das Haus eines Anwalts sprengte, wobei dieser mit Frau und 8 Kindern umkam.

Asien.

Läden in der britisch-indischen Armee. Simla, 25. Juni. Da an der Sollstärke der britischen Armee in Indien 5000 Mann fehlen, so bietet die indische Regierung den britischen Mannschaften, deren Dienstzeit jetzt beendet ist, eine erhebliche Prämie, falls sie sich zum Weiterdienen verpflichten. Es wird jedoch bezweifelt, daß hierdurch die fehlenden Mannschaften beschafft werden.

37. Deutscher Fleischertag.

S. & H. Danzig, 25. Juni.

In den fortgesetzten Verhandlungen des 37. Deutschen Fleischerverbandestages wurden nach einer lebhafte Debatte die Leitsätze des Referenten zu der Salzfrazge angenommen. In der Schlussfrazge lautete das erste Thema:

Schlachthaus- und Kommunalabgabengefetz.

Der Referent Schwarz (Pulda) befürwortete eine Resolution, in der es u. a. heißt: „Der Verbandstag ersucht die im § 11 des Kommunalabgabengefetzes den Gemeinden zugewandene Vergütung bis zu 8 Prozent des Anlagekapitals der öffentlichen Schlachthäuser für ungerecht. Er steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die für die Vermehrung der Schlachthäuser zur Erhebung kommenden Gebühren nur in der Höhe bemessen werden dürfen, daß durch sie die nachweislichen Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie die Kosten der Vergütung und Abstreifung gedeckt werden. Die Befugnis der Gemeinden, die Schlachthäuser als werbende Anstalten anzusehen und eine Rente daraus zu ziehen, wirkt als steuerliche Vorbelastung eines einzelnen Gewerbetreibenden, der in Rücksicht auf die sanitäre Überwachung des Fleisches gezwungen ist, die Schlachthäuser zu benutzen. Es wird daher die Erwartung ausgesprochen, daß bei der zurzeit zur Beratung stehenden Abänderungsvorlage des Kommunalabgabengefetzes im preussischen Landtag der § 11 in diesem Sinne abgeändert wird, mit der Maßgabe, daß als Anlagekapital nur die noch nicht getilgte Summe der Berechnung zugrunde zu legen ist.“

Von Seiten des Bezirksvereins Posen lag ein Antrag vor, wonach es unbedingt vermieden werden müsse, daß zugunsten der Viehhöfe, die als ein städtisches Unternehmen anzusehen sind, der Schlachthof als Wohlthätigkeitsanstalt gemäß § 4 im Etat zu unrichtig belastet wird. — Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

Weiter wurde angenommen ein Antrag Thüringens, daß für alle Gewerbetreibenden, welche mit Fleisch, Wild, Geflügel und Wurst handeln, dieselben Bestimmungen hinsichtlich der Herstellung, Aufbewahrung und Verkaufsräume und der Rohungsmittelkontrolle angewendet werden, wie diese für das Fleischhandwerk Geltung haben. — Zu dem

Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe

verlangte der Bezirksverein Hessen-Nassau, es möge an maßgebender Stelle mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß eine mindestens vierstündige ununterbrochene Offenhaltung der Fleischverkaufsstellen unbedingt erforderlich sei. Zu dem Antrag wurden noch verschiedene Unteranträge mit speziellen Wünschen eingebracht. Die ganze Sache wurde dem Vorstand als Material überwiesen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen wurde bezüglich des Margarineverkaufs eine Resolution angenommen, wonach der Verbandstag den Verkauf von Margarine, als im Interesse des Gewerbes liegend erachtet und seinen Mitgliedern empfiehlt, den Verkauf von Margarine dort aufzunehmen, wo er noch nicht eingeführt ist.

Weitere Punkte der Tagesordnung betrafen die Regelung von Schlachtgewicht und Lebendgewicht, die Ausstellung von Meisterbriefen, das Ausscheiden verschiedener Innungen aus den Bezirksvereinen und andere fachgewerbliche Fragen. — Er folgte die Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten, worauf dem Vorstande die Entlassung erteilt wurde. — Die Versammlung wählte darauf Dresden als nächsten Tagungsort. Mit einem Hoch auf das deutsche Fleischnetz wurde sodann vom Vorsitzenden der diesjährige Fleischerverbandstag für geschlossen erklärt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Ein wunder Punkt.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Erweiterung der Sonntagsruhe zugestimmt. Dabei wurde von zwei Rednern darauf hingewiesen, daß es eigentlich recht und billig sei, den kaufmännischen Angestellten zwar den freien Sonntag zu gewähren, die Ladenbesitzer selbst aber nicht an der Sonntagsarbeit zu hindern, wenn sie das im Interesse ihres Geschäfts für nötig halten. Ein Redner zog eine Parallele zwischen dem Handwerker- und dem Kaufmannstand, indem er auf die Tatsache aufmerksam machte, daß ein Handwerksmeister auch Sonntags in seiner Werkstatt arbeiten darf, so lange er keine Arbeiten verrichtet, durch die die äußere Heiligkeit des Sonntags verletzt wird. Dasselbe Recht müsse auch der selbständige Kaufmann haben. Er hat es bereits und wird es auch dann haben, wenn die völlige Sonntagsruhe eingeführt werden sollte, woran wir vorderhand noch nicht recht glauben. Offensichtlich nicht bemerkbare Arbeiten darf natürlich auch der Kaufmann während der

Sonntagsruhe vornehmen, er darf seine Bücher in Ordnung bringen, in seinem Magazin arbeiten usw. Nur eins darf er nicht: nicht verkaufen.

Es ist bekannt, daß ein Ladenbesitzer sich strafbar macht, wenn er nach dem gesetzlichen Ladenschluß noch Waren abgibt, mag das auch an seiner Wohnungstür geschehen. Indem er die Waren abgibt, verletzt er sicher nicht das, was man gemeinhin unter äußerer Heiligkeit des Sonntags versteht, denn der Vorgang spielt sich nicht in der Öffentlichkeit ab, niemand kann sich deshalb durch ihn in seiner Sonntagsstimmung gestört fühlen. Aber der Mann wird bestraft, das Gesetz will, daß Sonntags noch dem Ladenschluß nichts mehr verkauft werden soll, einerlei, wo und wie das geschieht. Mit dieser Angelegenheit, die auch eine sehr bedeutende Schattenseite hat, beschäftigt sich eine Zuschrift, die wir von einem hiesigen Ladenbesitzer erhalten, der übrigens nichts gegen die Verlängerung der Sonntagsruhe einzuwenden hat. Er wirft die Frage auf:

„Wird es dem Kaufmann möglich sein, die Bestimmungen der Sonntagsruhe einzuhalten und nach dem gesetzlichen Ladenschluß nichts mehr abzugeben?“ und führt dazu aus:

Diese Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die Geschäftsinhaber, die ihre Wohnung abseits ihres Geschäftslotals haben, sind natürlich hier aller Sorgen enthoben; anders aber ist es, wenn Wohnung und Laden miteinander verbunden sind. Kaum ist der Laden geschlossen, so geht auch schon an der Wohnungstür der Klingel. Wir selbst ist es schon vorgekommen, daß von 8 bis 9 Uhr abends noch zehn und mehr Kunden kamen. Der eine hatte noch Bier, der andere Petroleum nötig, ein dritter brauchte noch eine Freimarke usw. Genau so geht es an Sonntagen während der Kirche, nachmittags nach 1 Uhr und abends. Wenn an den Sonntagen vor Weihnachten das Geschäft den ganzen Tag geöffnet ist, so kann man sicher sein, daß nach Ladenschluß fast noch mehr Käufer kommen als während des ganzen Nachmittags. Der Polizeibestimmung entsprechend dürfte man natürlich keinen dieser Kunden mehr bedienen. Ich möchte aber den Geschäftsmann in Wiesbaden sehen, der es bei der großen Konkurrenz wagen würde, einen Käufer wegzuschicken. Er könnte sicher sein, daß er ihm nie wieder den Laden betreten würde. Jeder Kaufmann, der vorwärts kommen will, wird gerne den Kunden bedienen, auch wenn es außer der gesetzlich festgelegten Zeit ist. Wird man aber wirklich einmal mürrisch, dann ist es meist doch nur deswegen, weil man befürchtet, von einem Konkurrenten oder einem zufällig vorbeikommenden Schuhmann bemerkt und angezeigt zu werden. Ich glaube nicht, daß der Kunde sich erzieht, die Strafe zu bezahlen, selbst wenn man ihm erst nach langem Drängen und auf die Zusicherung, daß man keinen Schaden haben solle, die Ware abgegeben hat. Fastbar machen kann man den Kunden für die Strafe natürlich nicht. Das ist der wunde Punkt. Es ist außerordentlich schwierig, ja fast unmöglich, auf der einen Seite den Kunden und auf der anderen dem Gesetzgeber gerecht zu werden. Vielleicht würde es auf das laufende Publikum sehr erzieherisch wirken, wenn man nicht nur den Verkäufer, sondern auch den Käufer mitbestrafen würde, wie ja auch in anderen Fällen die Verteilung und Beihilfe zur Gesetzesübertretung (z. B. Stehlen und Diebstahl) bestraft wird. Es würde dann vielleicht doch manchmal etwas früher, d. h. rechtzeitig nachgehakt, ob etwas in der Haushaltung fehlt, und nicht einfach gesagt: „Ach, der Kaufmann wohnt ja beim Geschäft und ist zu Hause; wenn vorne zu ist, können wir auch hintenherum noch etwas haben“. Vielleicht wäre zu bedenken, ob nicht auf dem Wege einer Polizeiverordnung dem leider sehr eingerissenen Übel gesteuert werden könnte.“

— **Für die Geschäftswelt.** Die Maß- und Gewichtsordnung für das Deutsche Reich vom 24. Mai 1911 ist bekanntlich am 1. April 1912 in Kraft getreten. Die wesentlichste Neuerung, welche diese Ordnung allen Gewerbetreibenden (überhaupt jedem, der irgend etwas nach Maß oder Gewicht verkauft) gebracht hat, besteht in der periodischen Nachsicherung. Dieselbe ist erstmalig in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1914 durchzuführen, zu welchem Zweck die Eichämter ihre Beamten in die Stadt- und Landgemeinden entsandt haben und noch entsenden. Bei ihrer Ausführung werden alle Waagen, Gewichte, Maße und Meßgeräte mit der Maß desjenigen Jahres versehen, in welchem die Nachsicherung erfolgt. Am 1. Januar 1915 müssen alle im Verkehr befindlichen Maß- und Meßgeräte mit dem erwähnten Jahreszahlstempel versehen sein. Die polizeilichen Revisionen haben sich vom Jahre 1915 an besonders auf das Vorhandensein des Jahreszahlstempels neben dem Eichstempel zu erstrecken. Gegenstände, welchen dieses Jahreszeichen fehlt, werden beschlagnahmt, auch tritt die polizeiliche Bestrafung ein. Es überzeuge sich daher jeder Interessent, ob seine Maß- und Meßgeräte einen Jahreszahlstempel aufweisen. Falls er fehlt, veranlasse man seine Anbringung noch im Jahre 1914 gelegentlich der am Ort stattfindenden periodischen Nachsicherung, oder, wenn eine solche bereits seit dem 1. Januar 1913 stattgefunden, durch Übersendung der Gegenstände an das nächstgelegene Eichamt.

— **Der 6. Verbandstag deutscher Blumen- und Geschäftsinhaber** wird im August 1915 in Wiesbaden stattfinden. Mit dem Verbandstag werden voraussichtlich eine Fachausstellung und größere Festlichkeiten verbunden sein.

— **Fahrkartenverkauf in den Gasthöfen.** Jetzt, zur Reisezeit, ist es noch weniger als sonst eine Annehmlichkeit, vor den Fahrkartenschaltern der Bahnhöfe lange auf Abfertigung warten zu müssen. Da wird es allgemein mit Freuden begrüßt werden, daß der preussische Eisenbahnminister Herr v. Treibenbach sich bereit erklärt hat, den Fahrkartenverkauf in den Gasthöfen zu erleichtern. Herr v. Treibenbach hat erst unlängst in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses auf eine in dieser Richtung gegebene Anregung erwidert, daß er die Eisenbahndirektionen angewiesen habe, an allen geeigneten Stellen mit den Gasthöfen in Verhandlungen über einen Fahrkartenverkauf in ihren Räumen zu treten. Der Minister sprach dabei die Hoffnung aus, daß unser Gasthofgewerbe, das auf einer so großen Höhe stünde, einseitig genug sein würde, sich dieses Werbemittels zu bedienen. Viele große Gasthöfe bringen ja bereits Fahrkarten zum Verkauf, andere werden nun folgen, wenn das reisende Publikum den Nutzen dieser Bequemlichkeit voll zu würdigen lernt. Dagegen steht es nunmehr fest, daß die Eisenbahndirektion dem Wunsch, Schlafwagen auch am Tage laufen zu lassen, nicht nachgeben kann, da die Tageszüge bereits die Maximalgeschwindigkeit erreicht haben. Es müßten also neue Züge eingefügt werden. Und da natürlich eine Zuschlagsgebühr — etwa 10 M. — erhoben werden müßte, wäre es sehr fraglich, ob diese Züge dann noch ausreichend benutzt werden würden.

Entwürfe für Schlafwagen 3. Klasse liegen jetzt vor. Ein Schlafwagenplatz 3. Klasse zwischen Berlin und Frankfurt oder Berlin und Köln wird ungefähr 5 M. Zuschlag kosten.

— **Umsonst.** Auf gestern mittag war vom Magistrat ein Termin zur freiwilligen Versteigerung des Stadt gehörigen Grundstücks Nr. 11 Kaiser-Friedrich-Platz 4 samt den auf dem Grundstück befindlichen Gebäulichkeiten angesetzt. Es war jedoch zu dem Termin nicht ein Bieter erschienen, so daß die Sache resultatlos verlief.

— **Unfall.** Gestern kam in der Reichstraße ein Radfahrer, dem eine Frau in die Maschine lief, zu Fall und zog sich einen Beinbruch zu. Der Verletzte wurde unter Beihilfe eines Schuttmanns mittels Autos in seine in der Gneisenaustraße belegene Wohnung gebracht.

— **Kleine Notizen.** Der Prinzipal des Schneiders Schwärz, der sich dieser Tage durch Leichtsinn vergriffen, fehlt uns mit, daß Robenungsfragen wohl nicht die Ursache gewesen seien, daß sein Gehilfe Sand an sich gelöst habe. Er habe nur etwa 4 1/2 Tage in der Woche gearbeitet und trotzdem durchschnittlich 1200 M. im Jahr verdient, wozu noch etwa 500 M. Verdienst aus Nebenarbeiten gekommen seien. Damit hätte der ledige Mann sicher auskommen können.

Musik- und Vortragsabende.

* Im Orgelsonnert in der Marktkirche am Mittwoch standen zwei altitalienische Meister an der Spitze des Programms: Tressobaldi, der weitberühmte Orgelmeister an St. Peter, war mit einer prächtigen Orgelsonate vertreten, die etwas von Roms Orgelklangen zu ahnen ließen. Von Rellini hörten wir zwei Sätze aus einem Violinsonert, das sich durch anmutige Melodik auszeichnet. In weiteren Instrumentalkompositionen spielte Herr Petersen zwei Sätze aus der sogenannten Pastoralfonate von Rheinberger, deren Schlußsatz ein kontrapunktisches Meisterstück ist; der 8. Psalmton ist hier auf ganz besondere Weise mit dem Thema verbunden. Professor Liebmann spielte weiterhin Bräutigam und Aria von Max Reger, mit der an ihm gewohnten Gelehrtheit. Im den gefangenen Teil machte sich Herr Heinrich Schneider verdient, ein Sänger von nicht gewöhnlicher Begabung, der durch den Vortrag einer Arie von Mendelssohn und dem „Einflehen“ von Herzogenberg dessen Vertonung der Eichenbergschen Dichtung so herrlich angepaßt ist, lebhaft zu interessieren wußte.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsveranstaltungen.

* Der „Wiesbadener Beamtenverein“ unternimmt Sonntag, den 5. Juli cr., eine Reinfahrt nach Oberwesel. Kartenabgabe in der „Wartburg“. Alles Nähere enthält das Inserat.

Vereinsvorträge.

* Im „Verein zur Förderung der Amateurphotographie“ hielt Herr Meierlauer aus Davos einen Vortrag: „Über künstlerische Aufnahmen in natürlichen Farben aus der Schweiz, speziell aus dem Canton Graubünden“. Der Redner führte seine sehr zahlreich erschienenen Zuhörer im Bild in die wunderbare Alpenwelt und zeigte in ca. 100 so wohl künstlerisch wie technisch einwandfrei ausgeführten Autogrammen die wichtigsten Gegenstände seiner Heimat während aller vier Jahreszeiten. Besonders Gefallen fanden einige Abendstimmungen, welche das Alpenglücken in herborragender Schönheit erkennen ließen und die ganze Stimmung dieses unergieblichen Naturausflusses in voller Naturnähe wiederzugeben. Die technischen Bemerkungen, welche Herr Meierlauer seinen Ausführungen beipag, waren von großem Interesse für diejenigen Zuhörer, welche sich gleichfalls mit Autogramphotographie in natürlichen Farben befassen und haben zweifellos manchen anderen angeregt, seinerseits auch Versuche in der Herstellung von Photographien in natürlichen Farben zu machen, einer Kunst, welche keineswegs so schwierig ist, als man im allgemeinen glaubt und die von jedem erlernt werden kann, der einermachen die gewöhnliche Schwarzweiß-Photographie beherrscht. — Der „Verein zur Förderung der Amateurphotographie“ beschloß mit diesem Vortrag das diesjährige Semester. Der nächste Vortrag findet nach den Sommerferien Anfang September statt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Wiesbaden, 25. Juni.** Am kommenden Sonntag und Montag findet hier das Jahresfest des Kreis-Kriegerverbandes Wiesbaden zugleich mit dem 10-jährigen Stiftungsfest unseres Vereins ehemaliger Garbisten statt.

— **Wiesbaden, 26. Juni.** Die diesjährige Kirchweih auf der Baldstraße wird am 12. und 13. Juli cr. abgehalten werden. Das Fest dürfte sich, wie in den ersten Jahren, wieder großartig gestalten. Außer den üblichen Waden, Marktständen usw. werden es die Wirtin nicht an außerordentlichen Besichtigungen fehlen lassen. Am 12. Juli, mittags 3 Uhr, wird ein imposanter Festzug vom Stadel gelassen werden.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

11. **Larch a. Rh., 25. Juni.** In den letzten Tagen ist es gelungen, in hiesiger Gegend eine ganze Anzahl Wildschweine, ältere und jüngere Tiere, im ganzen etwa 40 Stück, zu erlegen. Auch die Saufräuen haben sich dabei vorzüglich bewährt. So wurden an einem Tage in dem im Distrikt „Kammerforst“ angelegten Laufgang 14 Frischlinge und wenige Tage später in dem Laufgang im Mansfelder Gemeindefelde 15 Stück, darunter auch mehrere ältere Tiere, erlegt.

12. **Wiesbaden, 25. Juni.** Hier wird am 15. Juli unter Aufhebung der Postfiliale eine Postagentur eröffnet. Die Postagentur gehört zum Geschäftsbereich des Postamts Wiesbaden 5 (Bahnhof).

13. **Wiesbaden, 25. Juni.** Das alte Amisgericht, gebäude hat gestern einen Käufer gefunden. Es ist ein Rentner von hier, der es zu dem Zwecke erworben hat, Mietwohnungen darin herzurichten. Der Kaufvertrag bedarf noch der Genehmigung des Justizministers.

14. **Bad Soden a. T., 25. Juni.** Heute morgen trafen die Herren der 18. Deutschen ärztlichen Studienreise mit Automobilen, von Wiesbaden kommend, hier ein, um die Kurinrichtungen Sodens zu besichtigen. Die Gäste wurden von den Behörden, Bürgermeister Dr. Hüb und Stadtdirektor Köhler, empfangen. Geb. Rat Dr. Thibaut hielt einen eingehenden Vortrag über die Entwicklung Sodens und seine Indikationen. Bei der Besichtigung der Kurinrichtungen, besonders über das neue Ambulatorium und das neue Badehaus, sprachen sich die Gäste sehr anerkennend aus. Im Kurhaus fand ein Frühstück statt, bei dem von Regierungsrat Klar und Stadtdirektor Köhler Trinksprüche gewechselt wurden. Um 3 Uhr fuhren die Herren Ärzte mit Automobilen über Kirschenbach nach Somburg weiter.

15. **Von der Bahn, 25. Juni.** Der Bahn-Kanal-Verein hat bekanntlich ein Probefahrtstreffen lassen, welches mit Robilmotoren ausgestattet. Kosten zu Berg und zu Tal befördern soll. Die preussische Regierung steht der Sache sehr nahe, die Frage der Kanalalisierung wird weiter erörtert werden, wenn die Versuche mit dem Schiff abgeschlossen sind. Zur Ehrung des Gründers des Bahn-Kanal-Vereins führt das Schiff den Namen „Eduard Kayser“. Dieser war Direktor der hiesigen Eisenwerke zu Wehr. Das Schiff hat einige sehr viel verlaufene Bahnen auf der Bahn ausgeführt, es befindet sich aber jetzt leider wieder auf einer Werft zu Mödlitz in Reparatur.

Regierungsbezirk Kassel.

16. **Ebeners Kinder aus der Bewahranstalt entwichen.** — **Kulda, 26. Juni.** Die drei 3, 7 und 14 Jahre alten Töchter des Eigeneren Ebeners sind aus der Bewahranstalt Kobergell mit Hilfe von Zigeunern entwichen.

wh. Darmstadt, 28. Juni. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erfolgte nach sechstägiger Debatte die Abstimmung über die Regierungsvorlage, betr. die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen. Der grundlegende Antrag des Abg. Bach (natl.), die Englischen Fräulein und die bischöflichen Erziehungsanstalten betr. Positionen des Weichentours auszuscheiden bis zur Veratung des Schulgesetzes, wurde abgelehnt, ebenso auch der Artikel 1 der Regierungsvorlage, nach dem den weiblichen Unterrichtsorden die Aufnahme neuer Mitglieder gestattet werden soll, wenn es Bedürfnis hierzu nachgewiesen wird. Dafür wurde ein Antrag des Abg. Krell-Ingelheim (fortsch. Sp.) angenommen, nach dem der Stand des Lehrkörpers der Englischen Fräulein und der übrigen dormalen bestehenden Unterrichtsanstalten auf der Höhe des Bestandes vom 1. April 1914 fest-

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Ges.“

„Schalter-Halle“ geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Ges.“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, oder Bringerlohn. W. 3. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb Deutschlands — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Zeitung“, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Vertrieb: die deutschen Postämter und in den benachbarten Ländern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeiter-Anzeiger“ in einschlägiger Spalte; 20 Pf. in davon abweichender Spalte; 10 Pf. für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Wt. für lokale Anzeigen; 2 Wt. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Abnahme-Kontingente: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr morgens; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gähnelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Samstag, 27. Juni 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 294. • 62. Jahrgang.

Die albanische Gefahr.

Die Werbung von Freiwilligen für Albanien in Wien, die unmittelbar nach dem in den dortigen Blättern erfolgten Aufruf eine so starke Wirkung gehabt hat (wir teilen die Drahtberichte dazu unten mit), muß hauptsächlich darum interessieren, weil sie beweist, wie lebhaft an der Donau das Verständnis für das ist, was auf dem Spiele steht. Von diesem Gesichtspunkte aus braucht man über den unbesonnenen Eifer der Leute nicht zu spotten, die für den Fürsten Wilhelm ihre Haut zu Markte zu tragen wünschen. Es ist wahr, die mehr romantische als praktische Idee, den Aufstand mit Leuten von der Wiener Ringstraße und von Verdenfeld und Favoriten niederzuschlagen, wird zweifellos ohne jeden Nutzen verpuffen, aber man sieht doch, daß diese Menschen, und mit ihnen wohl unzählige andere, ein Bewußtsein von der Bedeutung haben, welche die Frage nach dem Schicksal des jüngsten „Staats“ gerade für Österreich-Ungarn beanspruchen darf. Insofern ist der Zwischenfall keineswegs ohne Belang. Wahrscheinlich wird die Regierung den Zugang der Freiwilligen als ein bedenkliches Abenteuer rechtzeitig zu verhindern wissen, jedoch wird sie sich auch dann eins fühlen mit diesen Reservistoffizieren, Studenten und anderen, offenbar aus gesicherten Verhältnissen kommenden jungen Leuten, die, indem sie für den Fürsten Wilhelm kämpfen wollen, zugleich für die Machtstellung des Donauraums einzutreten entschlossen sind. Es besteht in der Tat kein Zweifel darüber, daß es sich bei dem albanischen Wirrwarr um größere und ernstere Dinge als bloß um das Schicksal des Meeres handelt. Kann er sich behaupten, so arbeitet er zugleich für Österreich-Ungarn. Muß er fallen, so eröffnet sich der Blick in ein Chaos. Von allen Problemen, die seit dem Ausbruch des ersten Balkankrieges zur Lösung drängen, war und ist keines so schwierig und verhängnisvoll wie das albanische. Denn es geht hier um die Frage, was geschehen soll, was überhaupt möglich ist, wenn der Versuch dieser sonderbaren Staatsgründung schon im Beginn mißlingt. Man wird den Versuch unmöglich erneuern können und wollen, ohne dieselben Gefahren wie die jetzigen heraufzubefördern. Theoretisch denkbar wäre es ja, daß ein mohamedanischer Fürst zugelassen würde, aber damit wäre nur das Signal zu verdoppelten Anstrengungen Serbiens im Norden, Griechenlands im Süden gegeben, Stöße aus dem albanischen Körper herauszureißen, und die Verwicklung wäre noch größer. Überdies denkt keine Großmacht daran, dem von allen guten Geistern der Besonnenheit verlassenen Jungtürkismus den Gefallen zu tun und dem von ihm offenbar angezettelten Aufstand die nachträgliche Rechtfertigung und Krönung dadurch zu geben, daß ein türkischer Basillastat an der Adria aufkommengelinkt wird. Es bliebe also nur zweierlei übrig, entweder die Aufteilung Albanien zwischen Serbien und Griechenland oder ein rücksichtsloses Mächtig Österreich-Ungarns und Italiens um die Vorherrschaft an der Ostküste des Adriatischen Meeres. Man braucht beide Möglichkeiten nur zu nennen, um sofort zu begreifen, von welchem Grauen — ein milderes Wort wäre eine unzulässige Verschönerung — die Staatsmänner Europas bei solchen Ausichten und solcher Wahl erfüllt sein müssen. Wird

bisher von dem, was nach dem wohl sicheren Zusammenbruch der „Herrschaft“ des Fürsten Wilhelm zu befürchten ist, kaum gesprochen, so kann man gewiss sein, daß um so ernster und sorgenvoller darüber nachgedacht wird. Die Sorgen freilich (warum soll man sich das verhehlen?) entfallen mehr auf die Seite der Dreihundmächte als auf die andere Mächtegruppe. Es ist schwer abzusehen, wie sich ein Zerwürfnis zwischen unseren beiden Verbündeten verhindern lassen könnte, wenn die albanische Gefahr mit dem Niedertreten des Fürsten Wilhelm in greifbare Nähe rückt. Die Augen vor dieser drohenden Entwicklung zu verschließen hat so wenig Zweck, daß wir es vielmehr vorziehen, die Dinge so beim rechten Namen zu nennen, wie sie in den Staatskalkülen zweifellos längst schon genannt worden sind.

Das Wiener Freiwilligenkorps für Durazzo.

* Wien, 27. Juni. In dem in Wien in der Bildung begriffenen Freiwilligenkorps für Durazzo hatten sich bis gestern Abend 6 Uhr bereits 1200 Personen gemeldet. Unter ihnen befanden sich 15 österreichische Offiziere, ein bulgarischer und ein japanischer Offizier sowie mehrere reichsdeutsche, 150 Studenten beschäftigten unter Führung eines Professors an der Expedition teilzunehmen. Weiterhin haben sich 10 Ärzte sowie 15 junge Mädchen gemeldet, die Samariterdienste leisten wollen. Der Architekt Gürschner hat seine Charge als Oberleutnant der Reserve niedergelegt und die Führung der Expedition nach Durazzo übernommen. — Die ersten 200 Freiwilligen für Albanien, deren Zahl bis 3 Uhr nachts bereits auf etwa 1400 angewachsen war, werden sich am Sonntag oder Montag nach Durazzo einschiffen. Als dann sollen die Hauptmassen in mehreren Transporten nachfolgen. Eine Anzahl zu Führern bestimmter Offiziere stellte in einer gemeinsamen Besprechung fest, daß das Korps weder eine Söldnertruppe noch eine Mannschafft sei, die ein fremdes Volk zu bekriegen gedente, sondern eine Freischar, bereit, den Fürsten von Albanien in seiner ihm von der zivilisierten Welt übertragenen Aufgabe zu unterstützen.

* Berlin, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Unter der Überschrift „Ein Wiener Faschingszug nach Albanien“ bringt das „V. T.“ eine stimmungsvolle Schilderung aus Wien vom 26. Juni über die Bildung eines albanischen Freiwilligenkorps. Darin heisst es: Tausende strömten heute den ganzen Tag über nach dem Atelier des Bildhauers Gürschner und meldeten sich als Freiwillige für Albanien. Leute aller Altersklassen erschienen, ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, Studenten und Arbeiter, Herren in eleganter Kleidung, auch ärmlich gekleidete Kaufleute, die offenbar stellungsgelost sind. Bis 5 Uhr nachmittags waren 1200 Personen angeworben, dreimal soviel hatten sich gemeldet. Geflüchtete wurden abgewiesen. Ein großes Kontingent stellten Gewerbetreibende aller Branchen. Das Komitee übernimmt keine Verpflichtung wegen Lohnung und garantiert nur Transport, Verpflegung und Ausrüstung. Die Angeworbenen bilden ein Korps, das sich dem Kommando der holländischen Offiziere unterstellen wird. Das Unternehmen gilt als privat. Unter den Angeworbenen befinden sich auch ein Generalmajor a. D. und einige Amerikaner. Von vielen Seiten werden dem Komitee Naturalunter-

stützung angeboten, so sagte eine Firma in Hildesheim die Lieferung von Konterben zu.

Italien und die Bildung einer internationalen Instruktionstruppe.

wb. Rom, 26. Juni. Anknüpfend an die Wiener Meldung über die Schaffung eines albanischen Armeestammes (vergl. das gestrige Abendblatt) bemerkt die „Tribuna“, daß Italien diesen Gedanken, dem auch andere Mächte im großen und ganzen nicht unsympathisch gegenüberstünden, begrüßt und unterstützt. Danach sollen 3000 Mann Infanterie und Artillerie unter Oberst Philippis und anderen europäischen Offizieren in etwa acht Wochen ausgebildet werden, doch sei vorauszusetzen, daß der alte Fehler, die Christen gegen die Mohammedaner auszuwählen, vermieden werde, weil sonst kein Ergebnis zu erwarten sei.

Vormarsch der Aufständischen auf Durazzo.

* Rom, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie heute früh 6 Uhr aus Durazzo gemeldet wurde, rücken die Aufständischen in großen Massen heran. Der Angriff auf die Stadt wird jeden Augenblick erwartet.

Ein christliches Dorf in Brand gesteckt.

* Durazzo, 27. Juni. Die Aufständischen zündeten gestern die christliche Ortschaft Malicu an, was vermutlich ein ähnliches Verhalten der Regierungstruppen hervorrufen wird.

Eine Geheimbotschaft an König Carol von Rumänien.

* Bukarest, 27. Juni. Hier geht das Gerücht, daß heute ein Vertrauensmann des Fürsten von Albanien beim König von Rumänien eintreffen wird. Dieser Abgesandte des Fürsten Wilhelm soll dem König eine geheime Botschaft überbringen. — Gestern ist der Bruder der Fürstin, Prinz zu Schönborn-Baldenburg, hier eingetroffen.

Die Lage in Balona.

A.K. Balona, 26. Juni. Ismail-Remal-Bei hat sich entschlossen, wegen der Balona drohenden Gefahr mit den Aufständischen zu verhandeln. Die österreichische Regierung entsandte einen Torpedobootsgerstörer auf Wunsch der albanischen Regierung zum Schutze der fremden Kolonien nach Balona. Auch ein italienisches Kriegsschiff erhielt Befehl, nach Balona abzugehen.

Ein deutscher Fliegeroffizier im Dienste der Regierungstruppen.

* Wien, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die albanische Regierung nahm das Anerbieten des deutschen Piloten Leutnant Schöff an, der im Aeroplan die Stellung der Rebellen erkunden will.

Ein Gedankenaustrausch zwischen den Mächten.

* Wien, 26. Juni. Wie die „Reichspost“ erfährt, finden gegenwärtig zwischen den Mächten Besprechungen über jene Maßnahmen statt, die nach dem Zusammenbruch der militärischen Autorität des Fürsten ergriffen werden müssen, um die Ordnung in Albanien wieder herzustellen. Es wird zwischen den Kabinetten der Gedanken: ermogen, durch Erweiterung der Vollmacht der internationalen Kontrollkommission dieser Handhaben zu bieten, um durch ein Eingreifen in die albanischen Verhältnisse Vorbedingungen für eine Verständigung der sich

Fenilleton.

Kurtheater.

Gestern Abend las sich das Programm außerordentlich verheißungsvoll, und als es sich dann abrollte, da übertraf es noch bei weitem die gespanntesten Erwartungen. Der einaktige Schwanf „Weiberrätsel“ von H. Reidhard eröffnete den Reigen des Einakter-Abends. Ein sehr, aber sehr pilantes Schwanfchen, dessen Inhalt sich nicht gut wiedergeben läßt. Nur so viel sei verraten, daß alle Mitwirkenden ihn brav spielten. So war Hans Sonnenhal ein eleganter Liebhaber, der mit Schneid verfuhrte, im trüben zu fischen; Jrl. Seldorf, die vielseitige Begabte, spielte eine Kofette mit bestem Gelingen, denn sie fing den abtrünnigen Liebhaber wieder ein; Jrl. Hildebrandt gab ein scheinheiliges, verdorrenes Schwanfchen mit viel Kunst und Herr Marion einen tollkühnen Schwanf mit schlagender Komik.

Die Grotteske von Ludwig Luna „Der Herr mit der langen Nase“, die den Schluß des Abends bildete, ist zwar nicht pilant, aber deshalb doch nicht weniger amüsant. Ein Spinnweb, der der Polizei in Rom schon viel zu schaffen machte und sich nie erwischen ließ, treibt seine Furchen so weit, selbst auf die Polizeiquartiere in Rom zu kommen. Er wird dort in seiner originalen Verkleidung nicht erkannt, rambt vielmehr einer hübschen jungen Witwe einen Kuß und nebenbei die kostbare Brillantbroche vor den Augen des

Polizeikommissars und geht unbeachtet von dannen. Auch dieser Einakter wurde sehr flott gespielt. Hans Sonnenhal gab den geheimnisvollen Herrn mit der langen Nase in sehr komischer Pose und die übrigen Mitwirkenden, Jrl. Seldorf, die Herren Blaf und Lechner, fügten sich dem Ganzen gut ein.

Eingekettet in diese beiden Einakter lag der Stiel von Hermann Geyermanns „Der Brandstifter“. Der Eindruck, den dieses Stück hinterließ, war so stark, die Darstellung der sieben Hauptrollen durch Egon Brecher so überzeugend, daß ich mir wohl wünschte, nach diesem Genuß das Haus verlassen zu können, um das Erlebte in Ruhe noch einmal auszulösen. Die Komödie ist mit wenigen Worten erzählt. Vor dem Untersuchungsrichter erscheinen sieben Zeugen, die Licht in das Dunkel tragen sollen, das eine Brandstiftung umschwebt. Eine Zafabfabrik, die schlecht flambiert in Brand. Das Räucherchen des Besitzers kam in den Flammen um. Der Bruder des Besitzers, ein armer Mensch, halb Krüppel, halb Trottel, ist dringend verdächtig, die Zafabfabrik angezündet zu haben. Er wehrt sich, so gut er kann. Doch kommt er in Haft. Andere Zeugen werden verhört, der Besitzer muß ausfragen und zum Schluß kann der Untersuchungsrichter durch seine geschickten Fragen den Schuldigen entlarven. Der Besitzer selbst zündete das Gebäude an, um in den Besitz des Versicherungsgeldes zu kommen. Dabei verbrannte sein einziges Kind. Kurzdauer ist die Verzweiflung des Mannes, als er die Tat gesteht, aber noch erschütternder wirkt der Krüppel, der sich als Brandstifter bezieht, um den Bruder zu retten, obgleich er von ihm mißhandelt wurde.

Die übrigen Zeugen treten mehr als Nebenfiguren auf, doch ist es keine Kleinigkeit für einen einzigen, alle diese Figuren darzustellen, sich im Verlaufe von einer Minute und weniger zu verwandeln, nicht nur äußerlich, auch innerlich. Das schwerste an dieser Aufgabe liegt wohl darin, im Laufe des Stückes zweimal in derselben Rolle auftreten zu müssen. Aber Egon Brecher kannte kein Schwanken, niemals vergriff er sich im Ton. Kaum hatte er als gebrechlicher Krüppel, der nur mit leiser Stimme mühsam sprach, die Bühne verlassen, als er auch schon als kräftiger, roh aussehender Mensch eintrat, mit tiefer Stimme und markigen Bewegungen, dem man eine Gewalttat schon zutrauen konnte. Dann wieder war er ein zitternder Greis, verwandelt sich geschwind in einen neugierigen Krämer, einen gemütlich sprechenden schäftigen Gastwirt, einen breitspürigen Wachmeister, einen ebenso breitspürigen Anstreicher. Und schließlich kam er noch einmal als Zafabbesitzer, gestand seine Schuld, und dann als Trottel, der freigesprochen wird und den Bruder zu retten versucht. Die Figur des Trottels spielte Egon Brecher meisterhaft zu geben. Jede Bewegung war echt, der Ausdruck der Hände, dieser armen, kraftlosen, idiotischen Hände, die gekämpften Füße, das hängende Kinn.

Wieder und wieder mußte der Vorhang sich heben. Unter das Verfallstischchen mischten sich laute Bravo-Rufe, und Egon Brecher erschien inmitten der Herren Blaf und Nelson, die ihm gewandt sekundiert hatten. Diese überlegende Leistung verdient ein hohes Haus. Ein Theaterabend wird nicht so schnell zum Erlebnis — hier war er Erlebnis geworden.

B. v. N.

bekämpfenden Strömungen zu schaffen. Die internationale Kontrollkommission soll Vollmachten erhalten, die etwa jenen der bisherigen albanischen Regierung entsprechen. Zur Unterstützung der Autorität der Kontrollkommission könnten, wenn sich die Notwendigkeit herausstellte, eventuell auch internationale Machtmittel aufgebracht werden. Diese neuen erweiterten Direktiven und Machtfugnisse der Kontrollkommission würden einen probatorischen Charakter tragen und durchaus nicht eine Internationalisierung Albaniens bedeuten. Sobald die Ordnung und Ruhe im Innern hergestellt sein wird und sobald aus der Neuordnung der Verhältnisse die Autorität des Fürsten genügend gekräftigt hervorgegangen sein würde, um der mittägigen Unterstützung der Kontrollkommission entbehren zu können, wäre auch die neue Aufgabe, die man der Kontrollkommission in Albanien anzudeuten gedenkt, als gelöst zu betrachten.

Die Düppelfeier in Kiel.

Guldigung von 1000 Veteranen vor dem Kaiser.

W. Kiel, 26. Juni. Heute vormittag trafen eine große Anzahl von Düppelstürmern aus allen Teilen des Reiches zu einer Düppelfeier hier ein. Auch die an dem Sturm auf die Düppeler Schanzen beteiligten Regimenter hatten Abordnungen entsandt, darunter das bayerische Infanterie-Regiment Nr. 8, die Artillerie-Regimenter Nr. 2 und 22. Die Begrüßung der alten Helden am Bahnhof war sehr herzlich. Vor dem Bahnhof hatten die hiesigen Krieger- und Militärvereine Aufstellung genommen, deren Fahnen sich beim Passieren der Düppelstürmer senkten. Es bildete sich nun ein Festzug, dessen Spitze frühere Offiziere von Düppel bildeten. Es folgten die Fahnenabteilungen der Kriegervereine, an welche sich die Düppelstürmer in einer Stärke von 400 Mann angeschlossen. Unter den Klängen des Düppelmarsches, gespielt von der Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 85, bewegte sich der Zug nach dem Schlossgarten, wo er sich auflöste. Die Gäste wurden dann in ihre Wohnungen geleitet. Um 7 Uhr abends nahmen die Veteranen zu der Guldigung für den Kaiser Aufstellung auf dem Strandweg, weit über 1000 an der Zahl. Jeder trug die Kriegsbekleidung und andere Auszeichnungen und jeder trug einen Lorbeerkranz um den Hut. In der Front stand eine Anzahl von Choren, welche die Vereidigung zum Tragen der Uniform ihres alten Regiments hatten. Auf den Flügeln standen etwa 30 alte Generale und alte Herren in Zivil mit hohen Orden, darunter von Bobbielski, sowie die Fahnen der hiesigen Kriegervereine. Der Kaiser in Admiraluniform trat kurz vor 7 1/2 Uhr aus dem Portal des Kaiserlichen Jagtflüßls, begleitet von dem Gefolge sowie von Großadmiral v. Tirpitz und anderen Admiralen, dem Stadtkommandanten und dem Polizeipräsidenten. Brauereidirektor Jacobson als Vorsitzender des Kriegerverbandes erstattete den Rapport. Der Kaiser schritt die Fronten ab, indem er von Gruppe zu Gruppe einen „Guten Abend“ den Veteranen entbot, welches kräftig erwidert wurde. Der Kaiser zeichnete viele alte Leute durch freundliche Ansprachen aus, besonders solche, die das Eisene Kreuz trugen. Dann wurde zum Parademarsch angetreten. Die Kapelle der Seebataillone setzte mit dem Düppelmarsch in nicht allzu schnellem Tempo ein. Nun zogen die alten Düppelstürmer vorüber, keiner unter 70 Jahren, entblößten Hauptes, voran die Generale und Erzellenzen, dann die Offiziere. Der Kaiser grüßte andauernd. Nach dem Vorbeimarsch unterhielt sich der Kaiser noch eine Weile mit den alten Generalen. Zuletzt sprach er auf das freundlichste mit einigen Invaliden, die nicht hatten mitmarschieren können, besonders mit einem alten Mann, der einbeinig ist und sich der Krücken bedienen mußte, und dem man zwei Mann von den 88er zur Unterstützung beigegeben hatte. Er trug seine Kriegsbekleidung vollständig auf der Jacke und hatte einen Lorbeerkranz um die alte Soldatenmütze gewunden. Das Publikum brachte den Veteranen und dem Kaiser stürmische Guldigungen dar.

Fackelzug und Begrüßungsfeier zu Ehren der Veteranen.

W. Kiel, 26. Juni. Zu Ehren der hier eingetroffenen Veteranen von 1864 veranstaltete die gesamte

Kieler Studentenschaft heute abend einen Fackelzug, an den sich eine von der Stadt veranstaltete Begrüßungsfeier anschloß. An langen mit Blumen geschmückten Tafeln hatten die Teilnehmer Platz genommen und Hunderte von hilfsreichen Händen sorgten für ihre Verpflegung. Oberbürgermeister Lindemann eröffnete mit einem Kaiserhoch die Reihe der Ansprachen mit Dankesworten an die Helden von 1864. Er schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die Gäste. Es folgten Dankesworte einiger Veteranen von 1864 für die herzliche Gastfreundschaft der Stadt Kiel und in weiterer Folge patriotische Gesänge, Musikvorträge und turnerische Vorführungen. Der Düppelsturmarmistice beschloß die erhebende Feier.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Der „Islam“ zu den Arbeiten der Kommission.

Konstantinopel, 26. Juni. „Islam“ drückt in einem offenbar inspirierten Artikel die Hoffnung aus, daß die Mächte einen griechischen Vorschlag, eine aus Dragomanen zusammengesetzte Kommission solle die Wiedereinführung der ausgetretenen Griechen in den Heimstätten überwachen, ablehnen werde.

Guber-Bei in Smyrna.

Konstantinopel, 26. Juni. Der Kriegsminister Enver-Bei ist in Smyrna eingetroffen.

Die griechische Note.

A. d. A. Athen, 26. Juni. Die griechische Note auf die türkische Antwortnote ist gestern dem griechischen Gesandten in Konstantinopel, Pacha, telegraphisch übermittelt worden und wird der Presse ohne Verzögerung überreicht. Der Inhalt der Note wird nach der Überreichung veröffentlicht.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Die Kaiserin begab sich gestern abend um 10 Uhr 15 Min. von der Fürstlichen Bildergalerie nach Ederhofe begab. Kiel.

Kaiserin Wilhelmine mit Gemahlin ist gegen Witternacht, aus dem Süden kommend, in Hamburg eingetroffen und im „Hotel Atlantic“ abgestiegen.

Der Präsident des badischen Staatsministeriums und Reichsrat v. Dusch hatten für gestern zu einem parlamentarischen Abend geladen, zu dem der Großherzog, der von Königin im Lausitz hier wieder eingetroffen war, sowie Prinz Max von Baden, die Minister, eine große Anzahl von Parlamentariern, Staats- und Hofbeamten sowie Vertreter der Presse erschienen waren.

Dem K. Oberbischen Justizminister v. Thiesmann ist der preussische Kronenorden 1. Klasse verliehen worden.

* Zum Tode des Herzogs von Sachsen-Meiningen. Am Freitagmittag 1 1/2 Uhr erfolgte die Überführung der Leiche des Herzogs in einfachem schwarzem Ebenholzarg ohne Blumen auf einem städtischen Leichenwagen zum Bahnhof. Es folgten nur der Oberhofmarschall Frhr. v. Schleinig und der Oberstallmeister Rittmeister Thiel zu Fuß. Hinter ihnen folgte ein Wagen mit Blumenarrangements. Die Fürstlichkeiten sind meist schon am Freitagvormittag wieder abgereist, denn der verstorbene Herzog hatte testamentarisch die Teilnahme fürstlicher Vertreter an seiner Beisetzung, so weit sie nicht verwandt mit ihm sind, abgelehnt. — Anlässlich des Beimganges des Herzogs Georg von Sachsen-Meiningen sandte der Reichskanzler folgendes Beileidstelegramm: „Dem herzoglichen Staatsministerium spreche ich meine aufrichtige und tief empfundene Teilnahme an dem schweren Verluste aus, den Sachsen-Meiningen durch den Beimgang des Herzogs Georg erlitten hat. Mit dem Herzogtum trauert an der Spitze des verzweigten edlen Fürsten das gesamte deutsche Vaterland.“

* Ein Besuch in der Heimat der Vorfahren. Vom äußersten Osten des Reiches wird sich, wie die „Post. Ztg.“ schreibt, dieser Tage eine eigenartige Reisegesellschaft nach den Bergen des Salzammerguts begeben. Der Verein der ehemaligen Salzburger will 180 Jahre nach dem Auszug der einstigen Heimat einen Besuch abstatten. Am 28. Juni beginnt die Fahrt. Es geht über Berlin nach Salzburg und weiter nach St. Johann, Gastein und Zell am See und den Königssee. Von dort findet dann am 12. Juli über München und Berlin die Rückkehr nach Ostpreußen statt.

* Das Reichsgesetz über die Haftpflicht der Eisenbahnen ist in den Vorarbeiten so weit gediehen, daß der Gesetzentwurf dem Reichstag im Herbst vorgelegt werden kann. Die Haftpflicht der Eisenbahnen für Personenschäden ist bekanntlich in einem Gesetz aus dem Jahre 1871 festgelegt. Die bisherigen Vorschriften über Sachschäden hingegen lassen viel zu wünschen übrig, da die Schadenersatzvorschriften nur für die auf der Eisenbahn beförderten Sachen, nicht aber für andere durch die Eisenbahn verursachte Schäden gelten. Der Gesetzentwurf

umfaßt aber auch die Verantwortlichkeit der Eisenbahnen für Tötungen und Körperverletzungen und wird in dieser Hinsicht die alten Bestimmungen ablösen.

* Der Vortrag des Pfarrers Nieborowski doch gehalten! Wie berichtet, war dem Pfarrer Nieborowski das Halten eines für Mittwoch angekündigten Vortrages von der bischöflichen Behörde in Breslau verboten worden. Trotzdem hat er diesen Vortrag gehalten. Wie die „Schles. Ztg.“ berichtet, soll er sich dabei über die Rundgebung des Domkapitels in einer Form ausgesprochen haben, die unerhört genannt werden muß.

* Ein Spionagefall bei Krupp. Bei der Firma Krupp soll der als Vorzeichner beschäftigte Andreas Wiederhold verhaftet worden sein. Er soll Staatsgeheimnisse an eine fremde Macht, wie es heißt an Frankreich, verraten haben.

* Zur Verabreichung der Berliner Elektrizitätswerke. Die Verhandlungen des Magistrats der Stadt Berlin über die Zukunft der Berliner Elektrizitätswerke sind auch gestern nicht zum Abschluß gelangt. Die Situation hat aber insoweit eine Klärung erfahren, als die Mehrheit der von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft angestrebte Veräußerung der Stadt bei dem geplanten Großkraftwerk Vitterfeld abgelehnt hat. Die Stadt soll bei diesem Unternehmen keinen entscheidenden Einfluß und die Gesellschaft gerade für den wichtigsten Teil, der Stromlieferung, freie Hand haben. Ob unter diesen Umständen ein neuer Vertrag über die Elektrizitätswerke, so weit der Magistrat in Betracht kommt, Aussicht hat, erscheint auch ungewiß. In der Stadtverordnetenversammlung soll eine Mehrheit für die einfache Verabreichung der Berliner Elektrizitätswerke gestimmt sein.

* Eine König-Ludwig-Medaille. An Stelle der Prinzregent-Luitpold-Medaille, die in den letzten Jahren der Regentenschaft des Prinzregenten Luitpold gestiftet worden ist und die jetzt natürlich nicht mehr verliehen wird, soll am 7. Geburtstag des Königs Ludwig am 7. Januar 1915 eine König-Ludwig-Medaille treten und an diesem Tage zum erstenmal unter den Auszeichnungen erscheinen.

* Neue Reichsbanknoten zu 20 M. werden demnächst zur Ausgabe gelangen, die sich von den früheren Zwanzigmarknoten etwas unterscheiden. Der blaue Papierstreifen befindet sich bei den neuen Noten am linken Rande der Rückseite anstatt wie bisher am rechten Rande der Vorderseite. Außer dem fünffachen Wasserzeichen haben die neuen Noten noch ein natürliches fortlaufendes Wasserzeichen, welches aus der von Ornamenten umgebenen Ziffer 20 und dem feilich angebrachten Worte „Reich“ besteht.

* Ein Kommunalstreik in Breslau. Die Breslauer Stadtverordneten haben in ihrer letzten Sitzung beschlossen, gegen den Magistrat, der den Beschluß der Versammlung, den Stadtverordneten Straßenbahnfreifahrten zu bewilligen, abgelehnt hat, das Verwaltungsstreitverfahren zu eröffnen. Es soll damit die Frage geklärt werden, ob der Beschluß der Stadtverordneten dem § 64 Abs. 2 der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen Preußens widerspricht.

* Gemäßregelte Ärzte. Sanitätsrat Dr. Schemmel (Detmold), langjähriger Leiter des Landkrankenhauses, und Kreisphysikus Dr. Volkhausen sind nach dem „Hann. Cour.“ durch Regierungsbeschluß vorläufig von ihren Ämtern suspendiert worden. Die Suspendierung hängt mit den Forderungen zusammen, die beiden Ärzten durch Kräfte erteilt, die die volle Gewähr für wirksame Bekämpfung der Fodenerkrankungen bieten.

* Die Berliner Luftbarkeits- und Biersteuer gültig. Das Oberverwaltungsgericht erklärte die Berliner Luftbarkeits- und Biersteuer für gültig und verwies einige Eingeklagte aus den wegen der Besteuerung angestregten Prozessen zu neuen Verhandlungen an den Bezirksauschuss.

* Die erste Million von Besuchern in der Dugra. Die Besucherzahl der Leipziger Ausstellung für Buchgewerbe erreichte gestern die erste Million.

Parlamentarisches.

Die erste Lesung des Kommunalabgabengesetzes beendet. Der 18. Ausschuss des Abgeordnetenhauses beriet gestern die Bestimmungen des Kreis- und Kommunalabgabengesetzes. Eine nennenswerte Erörterung knüpfte sich nur an einen zu § 7 vorliegenden Antrag der Konserativen, der die Stadt- und Landgemeinden mit ihrem im eigenen Gemeindebezirk gelegenen Grundbesitz und staatlich veranlagten Gewerbebetrieben mit dem aus diesen Quellen fließenden Einkommen zur Kreissteuer heranziehen will. Gegen diesen Antrag wandten sich die Regierung, die Nationalliberalen und Fortschrittler. Er wurde abgelehnt. Damit ist die erste Lesung dieses Gesetzes beendet.

Die Fideikommisskommission des Abgeordnetenhauses nahm am Freitag den § 33, zu dessen Fassung eine Unterkommission eingesetzt war, gemäß dem einstimmigen Vorschlag dieser Unterkommission in folgendem Wortlaut an:

Aus Kunst und Leben.

* Die Luther-Ausgaben der Sammlung Guth unter dem Hammer. Aus London wird berichtet: Am 7. Juli beginnt bei Götting die Versteigerung der vierten Abteilung der berühmten Bücher- und Handschriften-Sammlung von Guth. Sie enthält die Stücke, die in dem alphabetischen Katalog unter „I. K. L.“ verzeichnet sind, darunter die kostbare Sammlung der Schriften Luthers, fast ausschließlich erste Originaldrucke. Die erste Nummer ist die außerordentlich seltene Erstausgabe der berühmten Lutherischen Thesen, vier Blatt, 1517 gedruckt. Eine eigenhändige Widmung Luthers an D. Mgr. Sebaldus trägt ein Erbschuld von Luthers Antwort an Heinrich VIII., gedruckt in „Wittenbergae“ im Jahre 1522. Die Luther-Sammlung der Guthschen Bibliothek ist für die Versteigerung in 66 Nummern eingeteilt worden. Unter den übrigen kostbaren Stücken, die unter den Hammer kommen, ragt ein ungewöhnlich schönes Exemplar des berühmten „Catholicon“ von Balbi hervor, 1460 bei Gutenberg in Mainz gedruckt, das vierte Buch, das mit Jahreszahl gedruckt wurde; das Exemplar dieses Buches aus der Sammlung Amberg erzielte 1908 10 600 M. Die Reihe von Abdrucken der Werke von Ben Jonson enthält auch ein Widmungsexemplar des Dramas „Sejanus, His Fall“ von 1605, das einzige bekannte Exemplar auf großem Papier, mit der Inschrift: „Meinem treuen Freunde Mr. Francis Crane errichte ich diese Säule der Freundschaft und hinterlasse sie als das ewige Zeugnis meiner Liebe.“ Ein weiteres Numel für Bibliophilen ist ein Exemplar der ersten Ausgabe des Dramas „King Lear“ von 1606, des Werkes, das Shakespeare für seinen „König Lear“ benutzt

haben soll. Es existieren nur drei Exemplare dieses seltenen Buches.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Das hiesige Städtchen Langen will in einem Steinbruch am Steinberg vor dem Wesseler Park daselbst eine größere Freilichtbühne mit amphitheatralischen Zuschauerräumen für 3000 Personen errichten. Gottfried Kellers Testament hat den Ertrag der Werke des Dichters zur Hälfte dem Züricher Hochschulfonds, zur anderen Hälfte der Winkler-Stiftung vermacht. Im vergangenen Jahre haben die Neuauflagen von Kellers Werken, wie dem „H. Z.“ der Schweizer Korrespondent mitteilt, 27 271 Franken ebracht. Nach Abzug der Verwaltungs-kosten sowie der Verpflegungskosten für Barbara Martin, eine Jugendfreundin des Dichters, blieben 26 000 Franken übrig, die nach der Bestimmung Kellers den beiden Fonds überwiesen wurden.

Walter Dörmel arbeitet, wie das „Archiv für Bibliographie“ erzählt, gegenwärtig wieder an einem neuen Roman, der in der Gegenwart im Elsaß spielen wird. Der Roman wird den Titel führen „Das Volk ohne Vaterland“ und voraussichtlich im Oktober d. J. erscheinen.

Die „Deutsche Schiller-Stiftung“ in Weimar hat dem Dichter Paul Apel seinen „in ehrender Anerkennung seines bisherigen dramatischen Schaffens und zur weiteren Förderung seiner dichterischen Arbeiten“ 1000 M. überreicht.

Aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Geburtstages Franz v. Dingeldeys, der von 1857 bis 1887 General-Intendant des Weimarer Hoftheaters war und der damals durch die Veranstaltung einer Shakespeare-Week, in der die

wichtigsten Königsdramen des großen Briten aufgeführt wurden, sowie durch verschiedene Aufführungen, z. B. von Gebbels „Nibelungen“, bedeutendes Aufsehen erregt hat, soll die am Großherzoglichen Hoftheater gelegene Straße, die bisher mit zum Theaterplatz gerechnet wurde, den Namen Dingeldey-Straße erhalten.

In dem kleinen Kongresssaal der Dugra in Leipzig begann vorgestern die Frauenwoche. Clara Viebig las eine ihrer Romane „Die Gesichte einer Nonne“, Fürstin Medtilda v. Lichnowsky, die Gattin des deutschen Botschafters in London, las aus ihren Werken vor.

Silbende Kunst und Musik. Ein Leistikow-Denkmal soll demnächst im Grunewald (Berlin) zur Aufstellung gelangen.

Wissenschaft und Technik. Der Kaiser von Österreich ernannte den ordentlichen Professor an der Universität Strahburg Dr. Friedrich Wendebach zum ordentlichen Professor der speziellen Pathologie und Therapie und zum Vorstand der ersten medizinischen Klinik an der Universität Wien.

Aus Paris wird uns gemeldet: In Muse-Sainte-Reine im alten Mesia haben die Ausgrabungen einen neuen interessanten Fund zutage gebracht. Es handelt sich um das Skelett eines Kriegers aus dem 6. Jahrhundert, der in seiner Rechten ein schön gearbeitetes eisernes Schwert und in der Linken einen Dolch aus gleichem Material hält. Etwas weiter davon lag eine künstlerisch gearbeitete Bronze, ein Kambier in Kampfstellung darstellend. Die Gegenstände wurden dem Mesia-Museum in Muse-Sainte-Reine übergeben.

„Ein Miet- oder Pachtvertrag ist der Familie gegenüber wirksam, wenn der Fideikommissbesitzer pflichtgemäß zum Abschluß berechtigt ist oder die Familienvertretung ausübt. Ein ohne diese Ermächtigung oder Zustimmung abgeschlossener Miet- oder Pachtvertrag wird der Familie gegenüber unwirksam, wenn der Miet- oder Pachtgegenstand dem Mieter oder Pächter übergeben ist. Der Vertrag kann nach Ablauf des Jahres, in dem ein Nachfolgefall eingetreten ist, von jedem Teil mit der gesetzlichen Kündigungsfrist gekündigt werden, jedoch nur mit dem ersten Zeitpunkt, zu dem die Kündigung zulässig ist. Das Kündigungsrecht tritt nicht ein, wenn der Gegenstand des Miet- oder Pachtvertrags nicht größer ist als 20 Hektar oder wenn der Vertrag auf nicht mehr als 3 Jahre abgeschlossen ist. Die Sätze 1 und 2 gelten sinngemäß für Dienstverträge, wenn der Verpflichtete das Dienstverhältnis angeht hat.“ Nach Annahme einer Reihe weiterer Paragraphen in Fassung des Herrenhauses erfolgte die Vertagung.

Das Fischereigesetz in der Kommission. Der 18. Ausschuss des Abgeordnetenhauses führte gestern die Beratung über § 14 des Fischereigesetzes und der dazu vorliegenden Anträge fort. Widerstreitende Meinungen zeigten sich im Ausschuss, insbesondere bei der Erörterung der Frage, inwieweit Brücken, Schleusen usw. zu Fischereizwecken betreten werden dürfen, und ob das Betretungsrecht auf die Fischereiberechtigten beschränkt oder auch auf die Inhaber von Fischerei-Erlaubnis-scheinen ausgedehnt werden soll. Umstritten sind auch die Fragen, ob das Betreten von Anlagen, Wasserwerken, eingezäunten Viehweiden zu Fischereizwecken gestattet sein soll, und zwar wenn und in welchem Umfang. Angesichts der Unvereinbarkeit der zutage tretenden Ansichten verfiel der Ausschuss der Abstimmung. Zu § 15 des Entwurfs liegt ein Abänderungsantrag von konservativer, nationalliberaler und Zentrumsseite vor. Die Bestimmungen des Entwurfs handeln vom Ersatz des durch Ausübung der Fischereirechte entstehenden Schadens und spricht von dem „durch Ausübung der Rechte aus den §§ 13, 14 entstandenen Schaden“. Vor der Beschlußfassung vertagte sich der Ausschuss auf nächsten Dienstag.

Die 300. Sitzung der bayerischen Kammer. Die bayerische Kammer der Abgeordneten hielt am Freitag die 300. Sitzung der Wahlperiode 1912/17 ab. In der zweiten Session ist es die 145. Sitzung, der nach viele folgen werden. Der Finanzausschuss der Kammer konnte am Donnerstag auf seine 100. Sitzung zurückblicken.

Heer und Flotte.

Personal - Veränderungen. Schindler, Oberleutnant der Inf. a. D., zuletzt in der Inf. des Magdeburger Regiments Nr. 6, der Charakter als Rittmeister verliehen. — Dem Obersten v. Baillou, Kommandeur des 2. Inf. Regiments Nr. 88, wurde der Rote Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen.

Noch ein Unfall eines Fliegeroffiziers. Kiel, 27. Juni. Gestern abend gegen 8 Uhr mußte der Offizierspilot Leutnant Wiese mit seinem Flugzeug in der Giechhofstraße eine Landung vornehmen, wobei der Apparat in Trümmer ging. Der Flieger erlitt eine leichte Gehirnerschütterung, während der Beobachtungsoffizier Leutnant v. Gahl ziemlich schwer verletzt wurde. Angeblich hat er einen Schädelbruch erlitten.

Erweiterung des Flugplatzes Gotha. Als Beauftragte des Militärfliegerkommandos in Gotha die dortige Stadtgemeinde im Auftrage an den Flugplatz von der Gothaer Waggonfabrik 200 Morgen Land zum Bau einer Fliegerkaserne und eines Flugübungsplatzes.

Ein Geschwundenfall. Auf dem Truppenübungsplatz Hammelburg bei Würzburg, wo zurzeit die 4. Feldartilleriebrigade Übungen abhält, fiel ein Geschwunden um. Der Kanonier Wasmann aus Ebersbach wurde so schwer verletzt, daß er starb, ein anderes wurde leichter verletzt.

Ausland.

Frankreich.

Der Marinehaushalt im Senat. Paris, 26. Juni. Bei der Weiterberatung des Marinehaushalts im Senat (vergl. die gestrige Abendausgabe) erklärte Desbournelles de la Saulaye, daß er einen Teil der für Schiffbauten geforderten Millionen lieber für die Verteidigung der Ostgrenze angewandt hätte. Marineminister Gauthier erklärte, die Flotte werde programmgemäß ausgebaut. Die Bauzeit der großen Schiffe habe sich auf drei Jahre vermindert. Das sei ein großer Erfolg. Gegenüber der fieberhaften Bautätigkeit auf den fremden Werften sei es notwendig, zwei Ersatzbauten für Großkampfschiffe sollten 1915 begonnen werden. Dann fehle zur Erfüllung des Bauprogramms von 1912 nur noch ein Neubau, der schon 1916 anstatt 1917 auf Stapel gelegt werden würde. Marineminister Gauthier fuhr fort: Wir werden die Entwicklung der Klasse der Unterseeboote und Flugzeuge fördern, aber es ist unerlässlich, den Bau von Panzerschiffen fortzusetzen. Zu gegebener Zeit werde ich dem Parlament vorschlagen, die nach dem Programm von 1912 durchaus notwendigen Ergänzungen zu geben. Es wird nötig sein, unsere Häfen und Meeres zu verbessern. Im Jahre 1920 hat Frankreich die im Programm vorgesehenen 94 Unterseeboote, doch wird man die Zahl vielleicht vermehren müssen. Was das Marineflugwesen betrifft, so werden die erforderlichen Anstrengungen gemacht, um die verlorene Zeit wieder einzuholen. Nichts wird vernachlässigt werden, um das aufgestellte Programm auszuführen und die Ausbildung des Personals zu sichern. Aber die Verteidigung der Küsten steht im Abkommen zwischen dem Krieges- und Marineminister unmittelbar bevor. Der Minister hat schließlich das Parlament, ihm Vertrauen entgegenzubringen. (Beifall.)

Caillaux' Immunität. Paris, 26. Juni. Die Kommission der Kammer hat beschlossen, der Kammer zu empfehlen, die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Caillaux wegen Wählerbestechung zu versagen.

Spanien.

Ein Lob des deutschen Schulwesens. Madrid, 27. Juni. In der Kammer rühmte gestern der liberale Ribas Mateos die deutsche Pädagogik und den in der deutschen Schule zu Madrid gegebenen Unterricht. Es sei ihm wertvoll, daß die Wissenschaft des Auslandes und besonders die deutsche Wissenschaft in Spanien ihren Eingang habe, dann Deutschland führe das Beste aller Zweige des menschlichen Wissens.

Italien.

Erkrankung des Herzogs von Aosta. Rom, 27. Juni. Der Herzog von Aosta liegt schwer krank am Typhus darnieder, den er sich durch den Genuß verdorbener

Auftern zugezogen hat. Der Kranke hat hohes Fieber. Zwei berühmte italienische Ärzte wailen an seinem Krankenlager. Die auf Reisen befindliche Gattin des Herzogs, Prinzessin Helena, ist sofort von der schweren Erkrankung ihres Gemahls in Kenntnis gesetzt worden. Sie hat sofort die Rückreise von Rom fort, wo sie sich zurzeit aufhält, nach Triest angetreten, um die Pflege des Erkrankten persönlich zu leiten.

Die Obstruktion der Sozialisten. Rom, 26. Juni. Die heutige Sitzung der Deputiertenkammer dauerte von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr 55 Min. nachmittags und von 3 Uhr bis 10 Uhr abends. Die Sozialisten setzten ihre Obstruktion gegen die Steuermaßnahmen fort, jedoch ereignete sich kein Zwischenfall. Das Organ der Reformsozialisten, die sich an der Obstruktion nicht beteiligten, tadelt lebhaft diese Obstruktion.

Rußland.

Der Sommeraufenthalt des Zaren. Petersburg, 26. Juni. Die kaiserliche Familie ist von Zarstowo-Selo zum Sommeraufenthalt nach Peterhof übergesiedelt.

Türkei.

Deutsch-englische PetroleumkonzeSSION in Mesopotamien. Konstantinopel, 26. Juni. Die Porte erteilte einer von englischen und deutschen Gruppen gebildeten internationalen Petroleumgesellschaft nach längeren Verhandlungen nunmehr die Konzession zur Ausbeutung der Petroleumfelder in Mesopotamien und dem Vilayet Mossul. (Frankf. Zig.)

China.

Der Eisenbahnvertrag mit Deutschland unterzeichnet. Peking, 26. Juni. Der mit den deutschen Unterhändlern vereinbarte Vertrag betreffend die Bahnlinsen Linan-Hsichangtsu und Kaum-Hsuetshu, über welchen seit dem Jahre 1913 verhandelt wurde, wurde gestern unterzeichnet.

40. Deutscher Ärztetag.

II.

S. & H. München, 26. Juni.

Unter dem Vorsitz des Sanitätsrats Dr. Dippe (Leipzig) begannen heute die öffentlichen Verhandlungen des 40. Deutschen Ärztetages im Saale des Allen Rathauses. Unter den Teilnehmern befindet sich wiederum wie gestern in der geschlossenen Sitzung Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern.

Nach der Eröffnungssprache des Vorsitzenden und weiteren Begrüßungsansprachen und der Eröffnung des Geschäfts- und Kassenberichts wird dem Vorstand Entlastung erteilt.

Hierauf spricht Dr. Hartmann (Leipzig) über:

Die Lage nach dem Berliner Abkommen.

Er legt der Versammlung folgende Resolution vor:

„Die Anerkennung der von der deutschen Ärzteschaft seit langen Jahren immer wieder einmütig erhobenen Forderungen liegt nicht bloß im Interesse der Unabhängigkeit und einer sachgemäßen Berufsausübung der Ärzte, sie dient ebenso sehr dem Wohle der Versicherten und dem Gelingen der Krankenpflege. Wenn auch das Berliner Abkommen vom 28. Dezember 1913 wesentliche dieser Forderungen noch un erfüllt läßt, so ist es doch geeignet, den für alle Beteiligten nötigen Frieden herbeizuführen. Deshalb macht es der in München versammelte 40. Deutsche Ärztetag den Bundesvereinen, den kassenärztlichen Lokalorganisationen und den Sektionen der Ortsgruppen der wirtschaftlichen Abteilung des Reichsärztlichen Bundes zur Pflicht, überall für die Anerkennung und die Durchföhrung des Abkommens tätig zu sein. Er erklärt es aber ausdrücklich für unerlässlich, daß auch die Regierung, die Versicherungsbehörden und die Krankenkassenverbände weit mehr als bisher im Geiste des Friedens wirken und daß vor allem die Krankenkassen selbst die sich vielfach im Reiche hinausgehenden Vertragsabschlüsse fördern, dabei den durch die Verhältnisse und die von der Reichsversicherungsordnung herbeigeföhrte Verminderung der Beitragslasten begründeten Demotationskräfte der Kassenräte gerecht zu werden und den für die Befestigung der ärztlichen Notthäter erforderlichen öf. Beitrag nicht länger zu verweigern. Dabei verheißt sich der Ärztetag nicht, daß das Vertrauen der Ärzte in das Berliner Abkommen so lange kein großes sein wird und kein großes sein kann, bis nicht alle Vorbedingungen für sein Zustandekommen restlos erfüllt sind. Er spricht daher die bestimmte Erwartung aus, daß dem unerträglichen Zustande bei den Krankenkassen in Elbina ein Ende gemacht wird und rät an die am Berliner Abkommen beteiligten Krankenkassenverbände die eindringliche Mahnung, dafür zu sorgen, daß die Einkünfte der Krankenkassen sich vermehren, indem sie auch einen kleinen Bruchteil zuzahlen sollen, damit sie nicht wegen jeder Kleinigkeit die Mittel der Kasse in Anspruch nehmen.“

Dazu liegt ferner ein Antrag München vor, in dem gefordert wird, daß das Gesetz über die Reichsversicherungsgesetzgebung in dem Sinne geändert werden soll, daß die Versicherten nicht unbegrenzten Anspruch auf freie Behandlung haben, sondern, daß sie auch einen kleinen Bruchteil zuzahlen sollen, damit sie nicht wegen jeder Kleinigkeit die Mittel der Kasse in Anspruch nehmen.

Es wird betont, daß dieser Antrag auch im Interesse der Krankenkassen gestellt sei. Über den Antrag erhebt sich eine längere Zeit dauernde Debatte, in der u. a. Landtagsabgeordneter Dr. Rugan (Berlin) die Schiedsgerichte und die Behörden in Schutz nimmt. Kamentlich die oberen Behörden stehen — so führt er aus — den Ärzten sehr günstig gegenüber. So hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung über die Verschätzung der nichtapprobierten Personen bei den Krankenkassen sich auf unseren Standpunkt gestellt, wodurch die Verschätzung von Kurpfuschern bei Krankenkassen so gut wie ausgeschlossen ist. Es läßt sich also auch mit den Versicherungsbehörden reden, namentlich, da jetzt kein gezieltes Hindernis mehr dem entgegensteht, daß die Organisation als solche Vertrauen abtöten kann. Man braucht dem früheren Gegner und jetzigen Partner, den Krankenkassen, nicht ohne weiteres alles Böse unterzuschreiben, man solle auch recht zu den Behörden das Vertrauen haben, daß sie das Beste wollen. Wenn wir alle fest bleiben, wird das Berliner Abkommen seinen Zweck erfüllen, den wir in mühevoller jahrelanger Arbeit vorbereitet haben. (Beifall.)

Die Resolution Hartmann und der Antrag München werden angenommen.

Hierauf berichtet Dr. Franz (Schleiz) über die Tätigkeit der Kurpfuscherei-Kommission. Er beantragt im Sinne des Geschäftsausschusses den Bundesbeitrag um 1 M. zu erhöhen, um der Schädigung durch die Kurpfuscherei besser Vorbeuge leisten zu können.

Es folgen hierauf die Wahlen.

Nach einer einstündigen Pause berichtet Professor Dr. Lemhoff (Berlin) über den

Antrag Leipzig-Land.

der folgendermaßen lautet:

„Der Deutsche Ärztetag fordert die deutschen Ärzte auf, ärztliche Tätigkeiten auch in solchen Fällen nur gegen Bezahlung auszuüben, wo es sich um sogenannte „gemeinnützige Unternehmungen“ handelt. Der lokalen Landesvertretung obliegt die Prüfung der Frage, ob im einzelnen Falle Bezahlung zu fordern ist oder nicht.“

Dieser Antrag hat bereits dem Ärztetag in Elberfeld vorgelegen. Kamentlich die Organisation Leipzig-Land bemüht sich bereits seit 1910, eine Regelung dieser Angelegenheit herbeizuföhren. Schließlich wurde beschlossen, Material in dieser Frage zu sammeln und dem diesjährigen Ärztetag Bericht zu erstatten.

Professor Lemhoff führte aus, daß der Arzt schon in den Zeiten des großen Miteilums Bezahlung für seine Leistungen erhalten hat; trotzdem besteht die Forderung, daß im Wesen des ärztlichen Berufes unentgeltliche Leistungen begründet sind. Unter dem Zwang der äußeren Verhältnisse ist man aber jetzt genötigt, Regeln für die Unentgeltlichkeit und Bezahlung solcher Leistungen aufzustellen. Für Unentgeltlichkeit der ärztlichen Tätigkeit kommen nur gemeinnützige Unternehmungen besonderer Art in Betracht; es handelt sich nicht um Unternehmungen, die im weitesten Sinne des Wortes gemeinnützig sind, es kann also auch niemals die Bezeichnung „gemeinnützig“ allein für den Arzt die Voraussetzung der Unentgeltlichkeit seiner Tätigkeit sein. Die Säuglingsfürsorge z. B. ist zweifellos gemeinnützig, wenn aber die Säuglingsfürsorge von der Stadt übernommen werden, so wird aus der rein privaten Wohltätigkeit eine behördliche Wohltätigkeitspflege. Bei der behördlichen Wohltätigkeitspflege hat der Arzt aber keinen Grund zur unentgeltlichen Behandlung. Zweifelslos sind die Hilfstellen für tuberkulöse Kinder des Volksfürsorgevereins und beim Roten Kreuz gemeinnütziger Natur. Ihr Betrieb erfordert aber einen solchen Aufwand an Verpflegung usw., daß eine unentgeltliche Verpflegung der Patienten gar nicht möglich ist, es müssen daher Pflegegelder erhoben werden, die so hoch sind, daß die Unkosten des Betriebes gedeckt werden. Geschieht das, dann müssen zu den Behandlungskosten auch die Arztehonorare treten, denn der Arzt hat ja auch seinen Grund, unentgeltlich zu behandeln. Der Redner rät dann der Versammlung die Annahme der vom ihm gemeinsam mit dem Geschäftsausschuss formulierten Leitsätze:

1. Die unentgeltliche karitative ärztliche Tätigkeit bleibt eine Ehrenpflicht der deutschen Ärzteschaft; sie behaft aber des Schutzes vor mißbräuchlicher Ausnutzung.

2. Daß eine Unternehmung als „gemeinnützig“ bezeichnet wird, verlangt noch nicht die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Tätigkeit.

3. Allgemeine Vorbedingung für diese ist, daß der Zweck der Unternehmung nicht in dem Bereich behördlicher Leistungen besteht und daß die Unternehmung ihre Leistungen ohne oder nur gegen Entgelt ausübt.

4. Im Einzelfalle ist die Unentgeltlichkeit von der Besonderheit der Unternehmung und der Besonderheit der ärztlichen Tätigkeit abhängig zu machen.

5. Unentgeltliche ärztliche Sonderleistung ist anzunehmen bei der Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege, bei den Sanitäts- und Hilfskolonnen vom Roten Kreuz.

6. Wo immer ärztliche Unentgeltlichkeit erforderlich und ärztliche Tätigkeit auszuüben ist, ist immer die Verpflegung von den Auftragsgebenden Stellen und von den ausübenden Personen einzubringen, daß diese keinerlei ärztliche Tätigkeit, insbesondere nicht im Sinne des § 370 der Reichsversicherungsordnung, ausüben dürfen oder würden.

7. Im Einzelfalle ist die Frage, ob ärztliche Tätigkeit für ein gemeinnütziges Unternehmen unentgeltlich gehalten werden soll, der örtlichen Organisation der Ärzte vorzulegen; gegen deren Entscheidung kann ein vom Geschäftsausschuss des Deutschen Ärztevereinsbundes einzubringendes Gutachten gefordert werden.

Nach einer eingehenden Aussprache dazu wird der Antrag des geschäftsführenden Ausschusses mit einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Am Samstag werden die Beratungen zu Ende geführt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Kaufmännischer Verein Wiesbaden.

Die am letzten Mittwoch stattgefundene jährliche Hauptversammlung hatte sich eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Es war sicherlich von besonderem Interesse, zu hören, wie sich der „Kaufmännische Verein“ nach der Vereinigung mit dem früheren „Verein der Kaufleute und Industriellen“ und dem „Verein selbständiger Kaufleute“ entwickelt hat. Dem Vorsitzenden Stadtk. Glücklich war ein leichtes, die von manchen Seiten gehegten Befürchtungen, daß der „Kaufmännische Verein“ in der jetzigen Zusammensetzung nicht in der Lage sei, die Interessen der Geschäftsinhaber und diejenigen der Handelsgesellschaften gleichmäßig zu fördern, zurückzuweisen. Der Jahresbericht gibt denn auch ein erfreuliches Bild emstiger und gleichwohl gemeinsamer Standesarbeit. Die Mitgliederzahl ist von 601 auf 702 gestiegen. Der Zuwachs im vergangenen Jahr betrug 191 Mitglieder. Diese setzen sich zusammen aus 342 Geschäftsinhabern und 260 Handelsgesellschaften. Die innere Organisation des Vereins wurde durch Schaffung eines Finanz- und eines Organisationsausschusses sowie eines Ausschusses zur Beförderung des unentgeltlichen Wettbewerbs festgelegt. Um städtische und Landesinteressen häufig noch energischer zu pflegen, wurde ein Ausschuss für städtische Angelegenheiten gebildet. Die Versammlung wählte in diesen Ausschuss die Herren Dr. Glücklich, Eduard Boedel, Max Heffrich, Walter Fechner, Max Gehl, Karl Reichwein und Karl Gieseler. In vielen Fragen des Handelsgewerbes nahm der Verein in gutachtlichen Äußerungen Stellung. Er behandelte die Regelung des Zugabewesens, wobei er sich für eine gezielte Regelung aussprach. Gegen die Einführung direkter Züge Mainz-Herborn wurde der Verein bei der Eisenbahnbeförderung beteiligt. Die Errichtung einer höheren Handelschulklasse wurde unter der Voraussetzung bekräftigt, daß es nicht nur dem materiell besser gestellten, sondern allen kaufmännischen Lehrlingen ermöglicht wird, diese höhere Handelschulklasse zu besuchen. Die Errichtung einer Schreibschule für stilleschreibende Kaufleute wurde beschlossen, die Ausbildung dieser Kaufleute jedoch durch die Gegenwart der Arbeitsämter vermindert. Die Schreibschule für stilleschreibende Kaufleute bei dem Arbeitsamt findet durchaus nicht die Billigung des „Kaufmännischen Vereins“, es wird dieser Einrichtung

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

4½ do. von 1909.	91.50
4 Griech. Mon.	58.
4 Japaner von 1905	85.
4½ do. II	94.25
3½ Ind. Rupees Anl.	63.02
5 Mexican. kon. Anl.	87.

bedeuten die Mitte zwischen
Brieff-Kursen.

Sämtliche Notierungen bedeuten die Mitte zwischen Geld- und Brief-Kursen.